FB4 2055

Morgenausgabe

Nr. 91 / A 46 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
24. Februar 1932

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Sozialdemokratie trumpft auf!

Sie läßt sich Nazi-Frechheiten nicht mehr gefallen.

Das deutsche Volk, von der Wirtschaftsnot schwer bedrängt, steht vor einer großen politischen Entscheidung. Nach langer Pause tritt der Reichstag wieder zusammen — und welches Bild bietet er dar?

Die Sozialdemokratie hatte auf den ersten Platz auf der Rednerliste verzichtet, sie hatte dafür gute Gründe. Aber der Nachteil davon war, daß die Verhandlungen sofort auf das Niveau geistloser Demagogie und ordinären Skandalmachertums herabgezogen wurden.

Der kleine Goebbels — was kann er dafür, daß er körperlich schlecht geraten ist und etwas jüdisch aussieht? Er kann nichts dafür, und niemand würde ihm daraus den geringsten Vorwurf machen, wenn nicht ausgerechnet dieses Kerlchen den führenden Antisemiten, den Vorkämpfer der nordisch-germanischen Edelrasse und den Repräsentanten nationaler Wehrhaftigkeit spielen wollte. Da zeigt sich dann, daß es auch geistig und moralisch schlecht um ihn bestellt ist und daß es an der nötigen Erziehung fehlt. So ist dieser Held des Sportpalastes im Reichstag eine unmögliche Erscheinung.

Gestern hat er dort wortwörtlich dieselbe Rede gehalten wie vorgestern im Sportpalast. Ueber sie liest man in der Zeitung, die an ihrem Kopf die Inschrift ziert: „Herausgeber Dr. Goebbels", das folgende:

Berlins Gauleiter bot eine rednerische Leistung von selbst bei ihm wohl noch nie erlebter wuchtiger innerer Geschlossenheit. In festen Strichen zeichnete er das Bild der Lage, gab er den Dingen Gestalt und Gesicht. Jeder im Saale pflanzte sich tief ins Herz die unerschütterliche Erkenntnis, daß Deutschlands Reichspräsidentschaftskandidat nur vom Nationalsozialismus und eben nur und ausschließlich von ihm gestellt werden könne.

Dreistigkeit des Selbstlobs, die man im nationalsozialistischen Jargon als „echt jüdisch" bezeichnen müßte! Aber im Reichstag war es ganz anders, da wirkte die abgespielte Schallplatte geradezu geisttötend langweilig. Und so entschloß sich der kleine Goebbels, es mit einem großen Skandal zu probieren: auf die sozialdemokratische Fraktion hinweisend, sprach er von der „Partei der Deserteure".

Daß der kleine Goebbels für diese Frechheit keine Maulschellen bekam, zeugt für die vorbildliche Selbstbeherrschung der Sozialdemokraten. Es ist aber verständlich, daß die Fraktion in einem Ordnungsruf keine ausreichende Bestrafung erblickte und eine Unterbrechung der Sitzung herbeiführte, die dem Aeltestenrat Gelegenheit zu einer Beratung gab. Da sich aus dem Stenogramm ergab, daß die Beleidigungen des Goebbels letzten Endes auf den Reichspräsidenten abgezielt hatten, blieb es nicht beim Ordnungsruf, sondern es erfolgte Wortentziehung und Ausschluß aus der Sitzung.

Dadurch kam der Reichstag um den Genuß jenes Teils der Sportpalastplatte, der die Proklamation Hitlers zum Präsidentschaftskandidaten enthält. Dafür wies namens der Kriegsteilnehmer aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Rechtsgruppen der staatsparteiliche Abgeordnete Lemmer die schmutzige Verleumdung der sozialdemokratischen Reichstagskollegen durch den Burschen Goebbels mit gebührender Schärfe zurück. Ein Versuch Gregor Straßers, dem verunglückten Kameraden zu Hilfe zu kommen, blieb ohne Wirkung. Mit leidenschaftlicher Teilnahme folgte das Haus dagegen den zornglühenden Worten unseres Genossen Dr. Schumacher, eines einarmigen Kriegsinvaliden, der den feigen Maulhelden der Rechten seine ganze Verachtung ins Gesicht warf.

Schumacher stellte fest, daß 86 sozialdemokratische Abgeordnete oder 73 Proz. den Krieg aktiv mitgemacht haben und zwr fast alle als einfache Frontsoldaten. Wie sieht es dagegen in der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion aus? Unter ihren 107 Abgeordneten gibt es 30 Mann, die überhaupt keine Front gesehen haben, die während des Weltkrieges sich in der Etappe herumtrieben oder noch die Schulbank gedrückt haben.

Von den übrigen nationalsozialistischen Abgeordneten hat eine große Anzahl den Krieg als aktive Offiziere mitgemacht. Es bleiben unter den 107 nationalsozialistischen Abgeordneten ganze 39 Mann, die als einfache Frontsoldaten angesprochen werden können. Das sind nur 37 Proz. oder etwas mehr als ein Drittel der Gesamtfraktion!

Wir sehen weiter Herrn Dr. Frick, der den Weltkrieg in einem Büro in Pirmasens verlebt hat. Weiter Herrn Arthur Rosenberg, der zu jener Zeit gerade auf einer russischen Universität studieren mußte. Ferner die Herren Feder, Ley, Löpelmann, Graf zu Reventlow, Freiherr von Wangenheim: Sie alle haben als Heimkrieger vom Anfang bis zum Ende durchgehalten. Von Herrn Dr. Albrecht erfahren wir aus dem Reichstagshandbuch, daß er als Fahnenjunker den Krieg nicht mitgemacht hat, sondern beim Ersatztruppenteil in der Heimat geblieben ist. Herr Bredow war bis zum Kriegsende Gemeindevorsteher in seinem Dorfe. In einer ähnlichen glücklichen Lage war der Fideikommißbesitzer Walter von Corswant. Der Abgeordnete Helbig berichtet, daß er „1917 und 1918 bei der Nachrichtengruppe des AOK. III am Feldzuge" teilgenommen habe.

Wer versteht es nicht, wenn den 86 Frontsoldaten in der sozialdemokratischen Fraktion angesichts dieser Horde die Galle überläuft? Wie kommt dieses Gelichter dazu, Heldenehren für sich in Anspruch zu nehmen und die Hunderttausende von Sozialdemokraten zu bespeien und zu besudeln, die im Weltkrieg für Deutschland gefallen sind!?

Das ist's! Sie haben die Liebe zum eigenen Volk, die für jeden internationalen Sozialisten eine schlichte Selbstverständlichkeit ist, zu einem schmutzigen Parteigeschäft gemacht. Sie mißbrauchen die anständigen Gefühle politisch unaufgeklärter Volkskreise zu einem ordinären Betrug. Demagogische Schmarotzer der Demokratie, Revolutionsgewinnler übelster Art, traurige Auswüchse des „Systems" schimpfen sie über die Demokratie, die Revolution und das „System", denen allen dreien zum gesunden Funktionieren nichts anderes fehlt als die Reinigung von solchen Parasiten!

Das Haus hörte noch mit Interesse, wie sich Genosse Künstler gegen die Verleumdung wehrte, er sei Vorsitzender eines „Bundes der Deserteure" gewesen, dann verlief sich alles in die Nebenräume, um den Kommunisten Ulbricht ungestört gegen „den Hauptfeind, die SPD.", toben zu lassen. Eine späte Rede des sich zu den Jungdeutschen zählenden christlichen Gewerkschafters Baltrusch fand darum leider nicht mehr die Aufmerksamkeit, die sie verdiente. Die scharfe Kritik, die dieser sehr gemäßigte Gewerkschaftsführer an der Notverordnungspolitik der Regierung Brüning übte, verdient die aufmerksamste Beachtung. Wäre es möglich, eine breite Arbeiterfront zu schaffen, die über die Abwehr des Faschismus hinaus zu positiver Zielsetzung im Interesse der arbeitenden Massen vorstößt, so wäre das ein großer Erfolg der geduldigen sozialdemokratischen Taktik.

Inzwischen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Antrag zur Verstaatlichung der Montanindustrie Richtung gewiesen. Dieser Antrag wird seine geschichtliche Bedeutung behalten, wenn der große Skandal des kleinen Goebbels, der kleine Goebbels selbst und alles was drum und dran ist, längst vergessen sein werden.

Goebbels hinausgeworfen.

Der Heimkrieger beschimpft Frontsoldaten.

Nach einer Pause von einem Dritteljahr ist der Reichstag am Dienstagnachmittag wieder zusammengetreten. Die Umgebung des Reichstagsgebäudes war in weitem Umfang abgesperrt, der Zugang nur gegen Ausweis erlaubt. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Auch die Fraktionen der Rechten sind anwesend.

Präsident Löbe gedenkt in ehrenden Worten des verstorbenen Abgeordneten Beims-Magdeburg (Soz.). Der Nachruf wird stehend angehört.

Ein kommunistischer Antrag, daß der Abg. Kohlmann sofort aus der Haft entlassen werde, wird angenommen.

Der kommunistische Antrag auf Entfernung der Polizei aus dem Reichstag und seiner Umgebung scheitert am Widerspruch der Mitte gegen seine sofortige Verhandlung. Da Abg. Torgler (Komm.) zu seiner Begründung auch ausgeführt hatte, daß Reichstagsmitglieder Schwierigkeiten gehabt hätten, ins Haus zu gelangen, ersucht ihn Präsident Löbe um nähere Mitteilungen darüber, damit er den Polizeipräsidenten darauf aufmerksam machen könne.

Darauf begründet

Reichsinnenminister Groener

kurz die Regierungsvorlage, die Wahltermine für den Reichspräsidenten auf den 13. März, eventuell 10. April 1932 für einen zweiten Wahlgang, festzusetzen. Der Minister erklärt zum Schluß, daß die Regierung für rechtzeitige Erledigung der Wahlvorbereitungen sorgen werde. (Zwischenrufe äußerst links und rechts.)

Abg. Dr. **Goebbels** (Natsoz.) klagt darüber, daß seiner Partei nach ihrem Wahlerfolg vom 14. September 1930 nicht die Regierung der Republik ausgeliefert wurde, sucht unter stürmischem Widerspruch der Mitte zu bestreiten, daß der Wahlerfolg der Faschisten die ausländische Kreditkündigung gebracht hat und bezeichnet als einziges Mittel zur Sanierung der Reichsfinanzen, daß man den Nationalsozialisten den Anteil an der Macht einräume, den das Volk ihnen geben wolle. In geradezu kummervollen Worten spricht dieser Redner von dem latenten Bürgerkrieg. Ohne einiges Volk keine kraftvolle Außenpolitik. Die Regierung Brüning hat keine Mehrheit. Dieses System der Niederlagen muß verschwinden. Mit dem Artikel 48 kann man alles machen — nur kein Geld! (Händeklatschen äußerst rechts. — Abg. Torgler (Komm.): Ihr führt doch die Notverordnungen durch! — Zuruf rechts: Halts Maul!) Marxistische Länderregierungen gebrauchen die Notverordnungen, um unsere Bewegung zu unterdrücken. (Dröhnende Pfuirufe rechts, die sich bei der Aufzählung der getöteten Nationalsozialisten wiederholen, zumal die Kommunisten auf ihre Toten verweisen.) Ein Dauergeschrei der Nationalsozialisten begleitet das Zitat aus einer angeblichen Rede Grzesinskis über die Anwendung der Hundepeitsche gegen Hitler. Und

Herr Löbe hat gesagt, daß auch unsere legale Machtübernahme den Bürgerkrieg bedeuten würde.

Aber diesmal würde Ihnen nicht wie 1918 ein feiges Bürgertum, sondern das erwachte Deutschland gegenüberstehen. (Händeklatschen äußerst rechts.) Dann redet Goebbels den Reichskanzler direkt an, mit dem man keine Verträge mehr schließe und der der Mann von gestern sei.

Dieses System, so fährt Goebbels fort, hat uns jahrelang geschlagen, wenn es uns aber braucht, ist es so charakterlos, sich uns anzubiedern.

Darum haben wir die Mitwirkung an der parlamentarischen Amtsverlängerung des Reichspräsidenten abgelehnt. Der Sahm-Ausschuß besteht aus Steinzeitmenschen und Offizieren ohne Soldaten. (Jubelnde Heiterkeit rechts.) Hindenburg hat seine Unterzeichnung des Young-Plans damit begründet, daß dadurch die Arbeitslosigkeit sinken würde. Das Gegenteil ist eingetreten.

Hindenburg hat die nationale Politik verlassen, jetzt werden die Wähler ihn verlassen, ihn lobt die Berliner Asphaltpresse und die (auf die Sozialdemokraten weisend) Partei der Deserteure.

(Tobender Entrüstungssturm der Sozialdemokraten.)

Goebbels darf nicht weitersprechen.

Präsident Löbe will eingreifen, wird aber viele Minuten hindurch von den Nationalsozialisten niedergebrüllt. Inzwischen sind eine Anzahl Sozialdemokraten in ihrer Erregung gegen die Rechte vorgegangen. Zeitweise droht es zu Tätlichkeiten zu kommen. Schließlich kann Präsident Löbe dem Redner doch vorhalten, daß in der sozialdemokratischen Fraktion eine ganze Reihe Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzte sind. Der Präsident fragt unter dem tosenden Dauergebrüll der Nationalsozialisten den Redner, ob er seine Beschimpfung aufrechterhalte. Goebbels gibt darauf zur Antwort, aus dem Fraktionsbüro der Sozialdemokratie sei eine Denkschrift herausgegangen, wonach Landesverrat kein Verbrechen sei. In dem anhaltenden Getöse ruft der Präsident den Redner wegen Beleidigung einer Partei des Hauses zur Ordnung. Um Ruhe zu

F84 2060

schaffen, erteilt der Präsident auch weitere Ordnungsrufe, so den sozialdemokratischen Abgeordneten Mierendorff, Leber und Künstler.

Sobald aber Goebbels wieder ansetzt, ertönen von der Linken aufs neue stürmische Zurufe: Erst muß er zurücknehmen! Wir Kriegsteilnehmer lassen uns von dem Heimkrieger nicht beschimpfen!

Der Präsident sucht ihm unausgesetzt Ruhe zu verschaffen. Goebbels, kann seine Rede auch weiter nicht fortsetzen, so daß der Präsident schließlich die Sitzung unterbricht. Im gleichen Augenblick hatten die Sozialdemokraten bereits begonnen, den Saal zu verlassen, um Goebbels nicht weiter zuzuhören.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt

Präsident Löbe

folgende Erklärung ab: Die Unterbrechung der Sitzung war herbeigeführt durch einen Vorwurf, den der Abg. Goebbels gegen die „Partei der Deserteure" gerichtet hat und den ich durch einen Ordnungsruf gerügt habe. Die Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzten der Parteien haben diesen Ordnungsruf nicht als ausreichend erachtet, und ich habe dann versucht, im Aeltestenrat eine Ueberbrückung durch Zurücknahme der Beleidigung herbeizuführen. Dieser Versuch ist nicht gelungen: (Hört-hört!-Rufe.) Es ist aber das Stenogramm der Rede des Abg. Dr. Goebbels herbeigeholt worden und daraus ergibt sich, daß sich die beleidigende Wendung nicht gegen eine Partei des Hauses allein richtet. Dr. Goebbels hat gesagt:

„Hindenburg hat die Sache seiner ehemaligen Wähler im Stich gelassen. Es gibt unter uns Nationalsozialisten ein Wort, das noch immer seine Richtigkeit beweist: Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist! Hindenburg, gelobt von der Berliner Asphaltpresse, gelobt von der Partei der Deserteure . . .!" Nach Auffassung des Aeltestenrats liegt in diesen Worten eine so schwere Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes, daß nach der Geschäftsordnung eine gröbliche Verletzung der Ordnung darin erblickt werden muß. Ich schließe daher den Abg. Dr. Goebbels von dieser Sitzung aus. (Starker Beifall bei der Mehrheit. Dr. Goebbels verläßt unter Hetzrufen seiner Parteifreunde den Saal.)

In der Form einer Geschäftsordnungsdebatte folgen nun

Erklärungen von Kriegsteilnehmern aus dem Hause.

Abg. **Lemmer** (Staatspartei — minutenlang von den NS. niedergeschrien, wobei einer der Lärmmacher andauernd ein Nebelhorn imitiert —) erklärt für eine ganze Reihe Fraktionen: Die beleidigende Aeußerung des Dr. Goebbels trifft neben der Sozialdemokratie auch zahlreiche andere Mitglieder des Hauses, die den Weltkrieg mitgemacht und zum Teil ihre Gesundheit geopfert haben. Bei allen diesen haben die Worte des Dr. Goebbels die größte Entrüstung ausgelöst, und

wir weisen diese infame Beleidigung auf das schärfste zurück.

Goebbels und seine Fraktionskollegen, die zum großen Teil den Krieg nicht mitgemacht haben, sind am allerwenigsten berechtigt, die vielen Tausende Kriegsteilnehmer der Sozialdemokratie und anderer Parteien zu beschimpfen. Das Andenken der Gefallenen steht uns viel höher, als die Angriffe eines Goebbels. (Lebhafter Beifall in der Mitte und links.)

Präsident **Löbe** ruft einige Lärmmacher der äußersten Rechten zur Ordnung.

Abg. **Stubbendorff** (Dnat. mit großem Lärm links begrüßt) erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, wen Herr Lemmer eigentlich vertrete. Er nehme deshalb Veranlassung, zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. **Gräf, Dresden** (Komm., mit großem Lärm der Rechten begrüßt): Die Kriegsopfer sind Opfer des Kapitalismus. Die Sozialdemokraten ebenso wie die Nazis sind die Stützen des Hungersystems. Die deutschen Kriegsopfer werden im Massenkampf gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder gegen neuen Krieg und gegen die Rüstungen kämpfen. Die deutschen Kriegsopfer identifizieren sich nicht (ein Zuruf äußerst rechts: Mit wieviel Prozent seid Ihr denn beteiligt?) mit denen, die nur die Geschäfte der Kriegstreiber besorgen.

Abg. **Straßer** (Natsoz.): Wir protestieren gegen die unerhörte Vergewaltigung, die an Dr. Goebbels verübt wird. Auf das Stichwort „Partei der Deserteure", haben nur die Sozialdemokraten reagiert. (Händeklatschen rechts — empörte Zurufe der Soz. Präsident **Löbe**: Dr. Goebbels hat bei dieser Bemerkung mit der Hand auf die Sozialdemokraten gewiesen!) Der Ausdruck kann sich niemals auf diejenigen beziehen, die bis zum letzten Tage an der Front waren, sondern gemeint sind die, die gemäß ihrer internationalen Einstellung mit allen Mitteln bemüht waren, dem Krieg ein Ende zu machen, auch durch Gewalt und durch absichtlich herbeigeführten Zusammenbruch. Das wird durch Tausende Dokumente gegen die Führer der USPD. und der Sozialdemokratie bewiesen. (Gelächter links.) Wenn Sie Revolution gemacht haben (Präsident **Löbe**: Das geht über eine Geschäftsordnungsdebatte hinaus. — Zuruf links: Wollen Sie einen neuen Krieg?) Davor haben wir keine Angst, wenn er notwendig ist, um Deutschland zu befreien. (Hört, Hört! links und in der Mitte.) Das wird dem deutschen Volk noch lieber sein, als wenn es unter einer marxistischen Brüning-Diktatur vor Hunger krepiert. Aus der Aeußerung Goebbels eine Beleidigung des Reichspräsidenten zu konstruieren, das ist eine der letzten Zuckungen eines unsittlichen Systems, das die Kritik mit den brutalsten Mitteln unterdrückt. (Lärmender Beifall der NS. — erregte Gegenrufe links.)

Dr. Schumacher (Soz.):

Es hat keinen Zweck, gegen die Ungeheuerlichkeiten, die aus dem Munde der Herren Goebbels und Straßer kamen, mit einem formalen Protest anzugehen. Diese Dinge sind ja nur Teile eines ganzen Systems der Agitation. Wir wenden uns dagegen, auf diesem Niveau moralischer und intellektueller Verlumpung und Verlaufung zu kämpfen. (Sehr gut bei den Soz. Glocke des Präsidenten.)

Das deutsche Volk wird Jahrzehnte brauchen, um wieder moralisch und intellektuell von den Wunden zu gesunden, die ihm diese Art Agitation geschlagen hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Als Vertreter der marxistischen Arbeiterbewegung betone ich mit Stolz, daß System und Politik des Marxismus derartige persönliche Schmutzigkeiten immer ausgeschlossen haben. (Sehr gut bei den Soz.) Eine Auseinandersetzung ist schon darum nicht möglich, weil wir in dem Nationalsozialismus nicht das gleiche Niveau achten können. Wir sehen keinen Gegner, mit dem wir die Klinge kreuzen könnten.

Außerdem lehnen wir es gerade bei dieser Frage grundsätzlich ab, die sozialdemokratische, durch Opfer an Gut und Blut erhärtete Politik in nationalen Fragen vor solcher Art Agitation zu rechtfertigen.

Den Herren fehlen die politischen Kenntnisse, denn die meisten von ihnen beschäftigen sich erst zwei oder drei Jahre mit Politik, so daß ihnen das alles fernliegen muß. (Sehr gut bei den Soz.) Die Herren bringen auch keinerlei Voraussetzungen mit, um ein kritisches Urteil über uns abgeben zu können. (Sehr gut bei den Soz.) Die ganze nationalsozialistische Agitation ist

ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Große Erregung bei den Nsoz. — Glocke des Präsidenten.)

Wenn wir irgend etwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, daß ihm zum erstenmal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist.

Ich kann Ihnen ein kleines persönliches Beispiel dafür geben: Ich bin im Dezember 1914 verwundet worden. Von der Führung der württembergischen Nationalsozialisten ist systematisch die Nachricht verbreitet worden, ich hätte mich selbst verstümmelt. (Lebhafte Rufe bei den Soz. Pfui! und Buttler!) Drei dieser Leute sind bereits gerichtlich verurteilt. Zwei davon sind nationalsozialistische SA.-Leute, einer ist Sturmführer. Aber diese Untermenschen sind heute noch Kameraden von diesen Leuten! (Zu den Nsoz.) Ich meine, die Selbstverstümmelung überlassen wir den Nationalsozialisten à la Buttler (lebhafte Zustimmung bei den Soz.) und die aktive Freundschaft mit den Gegnern deutscher Außenpolitik überlassen wir den Nationalsozialisten à la Feldmann-Hessen, der vom Reichsgericht zu fünf Jahren wegen Spionage im Dienste Frankreichs verurteilt ist. (Hört, hört bei den Soz. Große Unruhe rechts.) Man kann ja den Herren Nationalsozialisten diese politische Methode nicht verübeln. Diese Methode ist ja erwachsen aus dem völligen Fehlen jeder geistigen und wissenschaftlichen Fundierung der Bewegung. (Sehr richtig bei den Soz.)

Beispielsweise ist das einzige Stück Sozialismus in dem nationalsozialistischen Programm darin zu sehen, daß sie

fremdes geistiges Eigentum entschädigungslos expropriiert

haben. (Sehr gut bei den Soz.)

Herr Dr. Goebbels hat sich hier als ein großer Leitartikel gebärdet und er ist doch nur ein mißratenes kleines Feuilleton. (Sehr gut! und große Heiterkeit bei den Soz.) Wir wollen mit dem Herrn Dr. Goebbels über Fragen des Krieges nicht streiten. Der Herr Dr. Goebbels bringt dafür so viel mit, wie etwa der Herr Frick zu einer Unterhaltung über seine Kriegserlebnisse. (Sehr gut.) Und Herr Kaufmann kann uns einiges davon erzählen, wie man Orden und Ehrenzeichen bekommt. (Erneutes lebhaftes Sehr gut bei den Soz.) Diese Partei dort drüben steht ja überhaupt zum größten Teil unter der Führung von Leuten, die sich im Krieg um ihre Militärpflicht gedrückt haben. (Sehr wahr.)

Diese Leute wollen zu deutschen Frontsoldaten reden, diese Leute sagen bombastisch: „Wir deutschen Frontsoldaten", aber diese Leute waren wie Herr Karpenstein zu Beginn des Krieges 11 Jahre alt. Nicht anders war es bei Herren wie Dr. Frank II und ähnlichen Geistern.

Ich stelle hiermit fest:

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben im Kriege 73 Proz. aktiv gedient. Von den Herren Nationalsozialisten haben 77 den Krieg mitgemacht; davon aber beinahe die Hälfte als Offiziere, ein anderer Teil wurde erst 1918 eingezogen und ist nicht mehr ins Feld gekommen. (Hört, hört.)

Abschließend sage ich den Herren Nationalsozialisten: Sie können tun und lassen was Sie wollen: an den Grad unserer Verachtung werden Sie niemals heranreichen. (Lebhafter und anhaltender Beifall bei den Soz. — Lärm bei den Nsoz.)

Abg. Künstler (Soz.):

Wie ich höre, hat Abg. Straßer im Aeltestenrat behauptet, ich sei der Führer des „Vereins der deutschen Deserteure" gewesen. Damit hat Straßer gelogen. (Ordnungsruf.) Ich stelle fest, daß ich von 1916—1918 meiner Militärpflicht genügt habe und von 1917 bis zum Tage des Waffenstillstandes an der Westfront vor Arras gestanden habe. Großen Wert lege ich allerdings auf die Feststellung, daß ich immer für den Frieden unter den Völkern gekämpft habe und das auch in Zukunft tun werde. (Stürmischer Beifall der Soz. — Lärm und Pfiffe bei den Nsoz.)

Präsident Löbe fordert die Pfeifer auf, sich zu melden, was aber nicht geschieht.

Damit ist diese eingeschobene Debatte zu Ende, und als nächster Redner zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. **Ulbricht** (Komm.): Er hält eine Wahlrede für Thälmann.

Abg. **Baltrusch** (Volksnat.): Wir stehen nach wie vor treu zu Hindenburg. Die Nationalsozialisten haben seinerzeit nicht Hindenburg gewählt, sondern sich gegen ihn erklärt, als wir vom Jungdeutschen Orden ihn auf den Schild erhoben. Andere Teile der nationalen Opposition haben sich vom Nazitum und eigenen Machtkitzel bestimmen lassen, jetzt Hindenburg die Treue zu brechen.

Wir wissen, wie sinnlos die Lüge ist, daß der Reichspräsident unter dem Einfluß seines Sohnes und des Staatssekretärs Dr. Meißner sich politisch gewandelt habe.

Wir wissen, daß er sich treu geblieben ist, wir kennen ihn als einen Mann von sozialer Gesinnung. — Dann spricht der Redner gegen Lohnsenkung. Er wird von den Nationalsozialisten höhnisch unterbrochen, antwortet ihnen aber gehörig.

Um 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr.

Die letzte Schiebung.

Adolf der Große Minister in Klaggestan?

Hugenbergs Telegraphen-Union bringt am Dienstagabend die Meldung, in nationalsozialistischen Kreisen hoffe man, die Frage der Staatsangehörigkeit Adolf Hitlers in ein bis zwei Tagen endgültig geklärt zu haben. Der Weg über eine Professur dürfte nicht in Frage kommen. Dagegen sei eine andere Beamtenstelle in Aussicht genommen. Auf Grund dieser Beamtenstelle könnte Adolf Hitler gleichzeitig auch zum Bevollmächtigten Braunschweigs im Reichsrat ernannt werden.

Die geheimnisvolle Andeutung über die „andere Beamtenstelle" erfährt eine interessante Beleuchtung durch eine Nachricht, die uns aus Braunschweig direkt zugeht. Darin heißt es:

Die Schiebung mit dem Staatenlosen Hitler zum braunschweigischen Beamten und damit zum Staatsbürger ist perfekt. Der „Volksfreund" zerstört das Geheimnis um Hitlers Einbürgerung. Unser Parteiblatt erfährt aus parlamentarischen Kreisen, daß schon in den nächsten Tagen der nationalsozialistische Innen- und Kultusminister Klagges zurücktreten werde, um als Nachfolger Adolf Hitler zu erhalten. Die bürgerlichen Koalitionsparteien sollen in wochenlangen Beratungen dahin bearbeitet worden sein, daß sie sich aus Angst vor Neuwahlen mit einer solchen Ministerschiebung abfinden. Die Nazis haben sich alle Wege zur Erschleichung der Staatsbürgerschaft für Hitler überlegt: als Professor müßte er, um die Scheineinbürgerung zu vermeiden, Vorlesungen halten und längere Zeit amtieren, als Reichsratsbevollmächtigter würde er am Widerstand anderer Länder scheitern können. Infolgedessen sind die Nazis auf den Ausweg gekommen, Hitler zum Minister zu machen. Damit wäre er automatisch Braunschweiger Staatsbeamter und eingebürgert.

Die nächste Landtagssitzung am 2. März dürfte sich schon mit der Wahl des Nachfolgers Klagges, der wieder in sein früheres Amt als Regierungsrat im Kultusministerium zurücktritt, beschäftigen. Da der Wahlvorschlag — den 13. März als Wahltag vorausgesetzt — spätestens am 3. März eingereicht werden muß, um Gültigkeit zu haben, so wäre der 2. März allerdings der letzte Termin zur Erschleichung der Staatsbürgerschaft.

*

Nach einer späteren Meldung der TU. soll die Einbürgerung Adolf Hitlers in der Weise erfolgen, daß er als Beamter der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zugeteilt und mit Sonderaufgaben von der braunschweigischen Regierung beauftragt wird. Mit der Zuteilung zur braunschweigischen Gesandtschaft wäre die Einbürgerung Hitlers automatisch verbunden. Die Ernennung wird erfolgen, sobald Adolf Hitler ihr zustimmt.

Die Besprechung über die Einbürgerung Hitlers zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten hat bereits am Montag stattgefunden. In dieser Besprechung haben die Deutschnationalen erklärt, daß sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Einbürgerung Adolf Hitlers hätten. Die Deutschnationalen haben ihre Zustimmung jedoch von der Zusicherung abhängig gemacht, daß es sich bei der Ernennung zum braunschweigischen Beamten nicht um eine Scheinernennung handeln dürfe, daß sie vielmehr darauf bestehen müßten, daß Hitler auch eine aktive Tätigkeit ausüben müsse. Eine Ernennung zum Bevollmächtigten Braunschweigs im Reichsrat oder eine Professur an der Technischen Hochschule Braunschweig wurde in der Erörterung als nicht im Bereich der Möglichkeit liegend bezeichnet. Im Verlaufe der Besprechung wurde auf die Ueberlastung der Gesandtschaftsbeamten, des Gesandten Boden und des Legationsrats von Stutterheim hingewiesen, deren Aufgaben sich im Laufe der letzten Jahre so vermehrt hätten, daß die Zuteilung eines weiteren Beamten notwendig geworden sei, worauf man sich dann grundsätzlich auf die Zuteilung Hitlers zur braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin einigte.

Der Herrscherblick.

Adolf macht Otto Gebühr Konkurrenz.

Adolf Hitler legt Wert darauf, daß die nationalsozialistische Presse seinen Herrscherblick gebührend rühmt. Er legt ferner Wert darauf, daß auch sonst seine Unterführer den „Friedrichsblick" annehmen. Also heißt es in der Dienstvorschrift für die SA. unter dem Kapitel „Melden, Ehrenbezeugung":

„Erscheint ein höherer SA.-Führer während des Dienstes, so läßt der Sturmführer, sobald er ihn sieht, seinen Sturm stillstehen, richten und kommandiert dann je nach der Seite, von der der höhere Führer kommt: Augen rechts oder die Augen links. Alles sieht dem höheren Führer in die Augen, sodann geht der Sturmführer dem höheren Führer im Geschwindschritt entgegen, steht drei Schritte vor ihm still, erhebt den rechten Arm zum Gruß und meldet. Darauf läßt der höhere Führer, wenn er zunächst mit dem Sturmführer etwas besprechen will, rühren (Befehl an Sturmführer: lassen Sie rühren) oder er schreitet die Front ab. Er begibt sich an den rechten Flügel, wobei ihm die Blicke aller Männer folgen, und geht von hier aus etwa 2 bis 3 Schritte von ihr entfernt, jeden Mann scharf ansehend langsam die Front ab. Jeder Mann sieht ihm ebenso scharf ins Auge und folgt ihm mit dem Blick, bis der höhere Führer beim dritten Mann von ihm aus angelangt ist. Dann nimmt er von selbst mit kurzem Ruck den Kopf gerade aus."

Von unten bis oben üben sie auf Befehl den „Friedrichsblick", den Otto Gebühr im Film ihnen vormacht. Am intensivsten übt ihn Adolf selbst, der durch die Reichspräsidentenwahl endlich Wilhelm III. zu werden gedenkt. Wenigstens das Augenaufreißen und die — Kriegsreden hat er schon gelernt!

Antwort eines Kriegsteilnehmers

an Josef Goebbels.

Du Mießnick, der vier Jahre lang
Niemals ins Feld nicht rückte,
Der gänzlich ohne Tatendrang
Zu Hause sich verdrückte,
Ein Schleim
Und „Held Daheim", —
Du nennst uns Deserteure — — — ?
Es ist uns eine Ehre!

Denn freilich: wir sind desertiert
Aus jenem sichern Winkel,
In den vorsichtig retiriert
So mancher Nazi-Pinkel!
Mit Dispens
Im Virwasens!
Jetzt tun die Herr'n sich dicke,
Die Goebbels und die Fricke.

Na, Josef, da Du ja die Front
Von hinten nur gesehen,
Bleib brav bei diesem Horizont,
Dann werden wir uns verstehen.
Hinten gestellt,
Du Heimatheld!
Wir wünschen — ganz ohne Finten:
Goebbels, Du bleib uns hinten!

Jonathan.

Hindenburg und der „Vorwärts".

Genügt die Wahrheit nicht?

Die Presse der „Nationalen Opposition" vergnügt sich damit, immer wieder zu erzählen, was der „Vorwärts" vor sieben Jahren gegen Hindenburg geschrieben hat. Dabei sollte ja eigentlich das echte Material genügen. Denn daß wir Hindenburg damals, als er noch der Abgott seiner Gegner von heute war, scharf bekämpften, ist bekannt. Weil aber die Katze nicht das Mausen lassen kann und die nationalsozialistische Presse nicht das Lügen, so wird noch dazugelogen, wir hätten Hindenburg einmal betrunken dargestellt, das andere Mal mit dem Massenmörder Haarmann verglichen. Beides ist grob gelogen. In dem einen Fall handelt es sich um eine Karikatur, die zeigt, wie Hindenburg wider Willen in die politische Arena hineingezerrt wird, in dem anderen um ein satirisches Feuilleton über das Spießbürgertum von Hannover, das in allen Höhen und Tiefen seine Sensationen sucht. Könnte über den Sinn jenes Feuilletons auch nur der geringste Zweifel bestehen, so würden wir es längst als eine grobe Geschmacklosigkeit preisgegeben haben.

Wenn die nationalistische Presse zu solchen Lügen ihre Zuflucht nehmen muß, so scheint das doch zu zeigen, daß das echte Material für ihre Zwecke nicht genügt. Im Vergleich zu dem, was sie sich gegen den ersten Reichspräsidenten geleistet hat und was sie sich heute noch gegen ihre politischen Gegner leistet, sind die Angriffe, die wir damals gegen Hindenburg richteten, ja wirklich auch nur Harmlosigkeiten. Im übrigen haben wir schon wiederholt erklärt, daß jene Angriffe, soweit sie die Person Hindenburgs betrafen, von Voraussetzungen ausgingen, die sich als falsch erwiesen haben. Für anständige Leute sind damit diese alten Geschichten längst erledigt, und nur für die „Nationale Opposition" haben sie noch ihren Reiz.

„Ritterlicher Kampf."

Der Stahlhelm und sein — Ehrenmitglied.

Die Stahlhelmkorrespondenz veröffentlicht den Brief Duesterbergs an Hindenburg, den Duesterberg am 11. Februar im unmittelbaren Anschluß an den letzten Empfang der Stahlhelmbundesführer durch den Reichspräsidenten an diesen gerichtet hat. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die großen Hoffnungen, die sich an die Wahl Hindenburgs knüpften, leider nicht in Erfüllung gegangen seien. Damit der Name Hindenburgs nicht in den unerquicklichen Wahlkampf gezerrt werde und da voraussichtlich im ersten Wahlgang keine absolute Klärung erfolgen werde, hätten die Bundesführer dem Reichspräsidenten die Anregung vorgetragen, im ersten Wahlgang nicht zu kandidieren, sondern sich erst im zweiten Wahlgang zur Verfügung zu stellen. Zum Schluß heißt es: Unserer Ansicht nach würden voraussichtlich Nationalsozialisten und Deutschnationale, sicher aber der gesamte Stahlhelm Euer Exzellenz ohne weiteres wiederwählen, wenn die unvermeidliche politische Kursänderung in einer Umwandlung des Kabinetts sichtbar zutage trete und wenn eine baldige Aufhebung des Uniformverbots in Aussicht gestellt werden könnte.

Auf dieses Schreiben erfolgte eine in sehr kameradschaftlichem Tone gehaltene Erwiderung des Reichspräsidenten, in der er es aus Gründen des Pflichtgefühls ablehnt, dem ersten Wahlgang fernzubleiben. In dem Schreiben wird betont, daß er stets eine starke nationale Konzentrationsregierung gewünscht habe, die aber bei dem so tief bedauerlichen Bruderzwist nicht möglich sei.

Im Bundesorgan des Stahlhelm liest man vorne auf der ersten Seite in fettester Schlagzeile die feierliche Versicherung: „Ritterlicher Kampf!" Da wird geschworen: „So wird der Kampf unausweichlich, doch in dem Augenblick wollen wir uns und dem Manne, mit dem uns trotz allem unser Soldatentum vereint, geloben: es soll ein ritterliches Kämpfen werden."

Hinten auf der letzten Seite desselben Organs wird der Vorsitzende des Kyffhäuserbundes und seine Organisation schwer angegriffen, weil er sich für die Kandidatur Hindenburgs eingesetzt hat. Da wird also gekämpft — aber von ritterlich keine Spur! Den Kriegervereinen wird groß und deutlich versichert, daß sie von Politik keine Ahnung haben, daß es vielmehr ihre Aufgabe sei, an die politische Unfehlbarkeit der Stahlhelmführung zu glauben:

„Unsere Kameraden werden es sich höflich aber deutlich verbitten, politische Weisungen und Empfehlungen von dem Vorstand einer Organisation entgegenzunehmen, die dafür alles andere als kompetent ist. **Am Ende beziehen wir unsere Parolen vielleicht noch vom Gesangverein „Halbe Lunge".**"

Der Vergleich des Kyffhäuserbundes mit dem Gesangverein „Halbe Lunge" und der Wahlparole für Hindenburg mit einer Parole des Gesangvereins „Halbe Lunge", das ist die Ritterlichkeit, wie man sie beim Stahlhelm gegenüber seinem Ehrenmitglied versteht!

Der Memel-Konflikt.

Präsident Böttcher tritt zurück.

Memel, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Der von Litauen widerrechtlich seines Amtes enthobene Präsident des Memeler Direktoriums Böttcher richtete an den Gouverneur von Memel folgendes Schreiben:

„Die Verhandlungen des Völkerbundsrats haben ergeben, daß es noch Monate dauern kann, bis eine Entscheidung darüber fällt, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzuberufen oder nicht. Es liegt im Interesse des Memelgebiets, daß möglichst bald wieder ein dem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Um mit meiner Person kein Hindernis für etwaige Verhandlungen der Mehrheitsparteien über ein neues Direktorium zu bilden, erkläre ich, daß ich mein Amt als Präsident des Direktoriums hiermit niederlege."

Der litauische Außenminister hat vor dem Völkerbundsrat erklärt, daß Litauen ein gesetzmäßiges Memel-Direktorium so bald als nur möglich bilden wolle. Der Rücktritt des Präsidenten Böttcher nimmt der litauischen Regierung jede Möglichkeit, die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes hinauszuschieben.

Deutsche Washington-Ehrung. Botschafter Sackett ist von der Universität Tübingen zum Ehrendoktor ernannt worden. — Die Besatzung des deutschen Kreuzers „Karlsruhe" hat an einer Gedenkparade der Garnison von Galveston teilgenommen.

Im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika wird Deutsch als dritte Amtssprache eingeführt. Deutsch ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung.

Kommt ein Bierstreik?

oder: was der nationale Mann bestimmt nicht durchhält.

Tardieus Regierungserklärung.

Sozialistische Kampfansage.

Paris, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Die Regierung Tardieu stellte sich am Dienstagnachmittag dem Parlament vor. In der Kammer verlas der Ministerpräsident die Regierungserklärung. Als er die Tribüne bestieg, wurde er von der Rechten und der Mitte mit starkem Beifall, von der Linken mit Protestrufen empfangen.

Das Regierungsprogramm ist in sehr vagen Ausdrücken abgefaßt. In bezug auf die Außenpolitik erklärt sich die Regierung Tardieu mit der Politik des Kabinetts Laval solidarisch, so lasse sich die französische These, wie es in der Erklärung heißt, in dem Begriff „Vertrag" zusammenfassen, der freiwillige Verhandlungen ausschließe. (Beifall rechts.) Auf dem Gebiet der Abrüstung verteidigt die Regierung den in Genf eingebrachten französischen Vorschlag, „der bisher der einzige sei, der den Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission konform und sofort durchführbar sei". Die Annahme des französischen Vorschlags würde ohne Aufschub eine bedeutende Herabsetzung der Militärausgaben möglich machen.

Die Erklärung geht dann auf die kürzlich zwischen London und Paris abgeschlossene Vereinbarung über die Lausanner Konferenz ein, „über die sich ganz Frankreich gefreut hat". Frankreich wünsche, so heißt es weiter, eine allgemeine Verständigung mit England. Da beide Länder den Frieden auf der Grundlage des Rechtes wünschen, stellten sie, wenn sie einig seien, die beste Bürgschaft für den Frieden und das Recht dar.

(Beifall rechts.) Frankreich werde weiterhin vermittels seiner traditionellen Freundschaft und seiner vertraulichen Beziehungen mit europäischen und außereuropäischen Ländern der Sache des Friedens dienen. Die Völker, die in dem Frankreich auferlegten Kriege seine Gegner gewesen seien, wüßten, daß sie bei Frankreich auf eine loyale und edelmütige Haltung rechnen könnten, die mit der notwendigen Gegenseitigkeit eine Annäherung der Interessen und Ideen gestatte. Die Regierung Laval habe eine glückliche Initiative in dieser Richtung ergriffen, indem sie die deutsch-französische Wirtschaftskommission geschaffen habe, deren Arbeiten mit Erfolg fortgeführt würden.

Auf die Innenpolitik übergehend erklärte Tardieu, die Regierung wolle sich nicht in den Kampf der Parteien einmischen. Sie müsse aber verhindern, daß dieser Kampf den Interessen des Landes schade. (Beifall rechts und in der Mitte, Proteste links. Ein Sozialist ruft Tardieu zu: „Fauler Witz!") Das Budget müsse vor den Wahlen verabschiedet werden. Die Festsetzung des Wahldatums sei in den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen ein Vorrecht der Regierung. Dieses Vorrecht werde voll Unparteilichkeit und mit der Sorge, den öffentlichen Interessen zu dienen, ausgeübt werden. (Beifall rechts, Unterbrechungen links.) Die leidenschaftliche Debatte über die Aenderung des Wahlrechts verlange eine Einigung zwischen Kammer und Senat. Die Regierung wolle sich in diese Frage nicht einmischen, aber sie wünsche eine Beruhigung der Atmosphäre. (Sehr gut und Lachen links.)

Tardieu geht dann kurz auf die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit ein und erwähnt die Verkleinerung des Kabinetts und die Zusammenlegung verschiedener Ministerien.

Am Schluß der Regierungserklärung fordert die Regierung das Parlament auf, ihr Vertrauen zu schenken, um die politische Atmosphäre zu verbessern. Die letzten Worte wurden von einem heftigen Lärm der Linken begleitet, während die Rechte Beifall klatschte. — Der Ministerpräsident erklärte sich mit der sofortigen Beratung der elf Interpellationen bereit, die sich auf die Zusammensetzung und die allgemeine Politik der Regierung beziehen.

Der Sozialist Renaudel kritisierte das Eingreifen des Präsidenten der Republik in die Verhandlungen über die Beilegung der Kabinettskrise und erklärte, das Kabinett Tardieu sei ebenso rechts wie das Kabinett Laval. An den neuen Innenminister Mahieu richtete er die Frage, ob er vor der Uebernahme seines Amtes seine Posten als Aufsichtsratsmitglied von zwei chemischen und einer Elektrizitätsfirma niedergelegt habe.

(Beifall links.) Der Redner ging weiter auf den französischen Abrüstungsvorschlag ein, der nach seiner Ansicht nur dazu bestimmt sei, angesichts der Wahlen den einfachen Bürger zu verblüffen. Es wäre besser gewesen, zunächst die moralische Autorität des Völkerbundes zu stärken.

Renaudel wandte sich schließlich gegen die übereilte Zusammenlegung des Kriegs-, Marine- und Luftministeriums und erklärte, sie werde nur Unordnung und Desorganisation in diesen drei Ministerien verursachen. In bezug auf die Wahlreform erklärte er, daß diese auf der neuen Regierung noch mehr lasten werde wie auf der Regierung Laval. „Wenn wir uns — so schloß er unter großem Beifall der Linken — einem republikanischen Parlament gegenüber befinden würden, das sich seiner Handlungen bewußt ist, so würde die Regierung Tardieu dasselbe Schicksal erleiden, wie das vorige Kabinett Tardieu im Senat."

Ganz wie bei uns!

In der weiteren Debatte griff Leon Blum den französischen Abrüstungsvorschlag an. Der nationalistische General a. D. St. Just rief ihm zu, er sei ein Anwalt Deutschlands.

Darauf entstand ein allgemeines Handgemenge zwischen den Sozialisten und den Reaktionären. Die Sitzung flog auf.

47 Stimmen Mehrheit für Tardieu.

Schließlich wurde der Regierung mit 309 gegen 262 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Japans Hasardspiel.

Eingeständnis der Niederlage: Verdoppelung des Einsatzes.

Tokio, 23. Februar.

Die japanische Regierung beschloß, die japanischen Streitkräfte in Schanghai zu verdoppeln.

Japan stellt den Kampf einstweilen ein.

Schanghai, 23. Februar.

Wie das japanische Oberkommando mitteilt, ist an die Truppen der Befehl ergangen, die Kämpfe vorläufig einzustellen, um unnötige Verluste zu vermeiden.

Schlachtbilanz: 5000 Tote?

London, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Die Japaner haben, wie aus ihrer Absicht, die Streitkräfte vor Schanghai zu verdoppeln, klar hervorgeht, die Widerstandskraft der Chinesen unterschätzt. Die japanische Offensive wurde am Dienstag abgestoppt mit der offiziellen Begründung, daß man das Eintreffen von Verstärkungen erwarte und unnötige Verluste vermeiden wolle. Im Laufe des Tages hatten die Japaner zwei große Angriffe gegen die chinesischen Linien versucht; sie wurden beide Male zurückgeschlagen. Dann flaute allmählich der Kampf ab, und schließlich beschränkten sich die Japaner darauf, dem Feinde durch Bombenflugzeuge möglichst großen Schaden zuzufügen. Die Zahl der Toten beider Heere wird nach chinesischen Angaben auf 5000 geschätzt.

Deutsche Militärberater in China?

Entgegen ausländischen, besonders japanischen Behauptungen, hat das Auswärtige Amt die Ueberzeugung, daß deutsche Militärberater der chinesischen Armee an den Kämpfen um Schanghai nicht teilnehmen. Auf Grund solcher Behauptungen werden bereits Anfänge zu einer Boykottbewegung gegen deutsche Waren in Japan gemacht. Die Zahl dieser deutschen Militärberater ist hier nicht genau bekannt. Sie wird zwischen 30 und 70 geschätzt. Es sind fast ausnahmslos Offiziere der früheren deutschen Armee, wenn einzelne von ihnen vielleicht auch schon eine Zeitlang der Reichswehr angehört haben mögen.

Schiller-Theater.

Groff und Hintze: „Die endlose Straße."

Eine Folge von sehr sachlichen Szenen über Schützengrabenkrieg, Trommelfeuer und Luftbombardements. Einige besonders vergnügliche Damen lachten dauerhaft und herzhaft über die verschiedenen Spielarten des Sterbens und des Jammers. Die übrigen dachten an Schanghai.

M. H.

Deutschland eine Kaserne.

Was Hitler als Reichspräsident tun würde.

Im Braunen Haus werden schon jetzt die vorbereitenden Maßnahmen getroffen, um nach der Uebernahme der Regierung durch Hitler die Durchführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde bereits zu Beginn des neuen Jahres im Münchener Generalquartier der Nazis im Rahmen der Organisationsabteilung II eine besondere Abteilung eingerichtet, die der Leitung des bekannten Oberleutnant a. D. Schulz unterstellt ist.

Als Hauptpunkt der vorbereitenden Maßnahmen, die dieses Organisationsbüro zu treffen hat, wird die Ausfindigmachung von Persönlichkeiten bezeichnet, die sich zu Führern und Unterführern für den Arbeitsdienst eignen. Diese Leute sucht man in erster Linie in der SS. und in der SA. Ausdrücklich wird bestimmt, daß

die für den Arbeitsdienst nötigen Führer der SS. und der SA. entnommen werden sollen.

Auch wird der SS. und SA. in diesem Zusammenhang zur Pflicht gemacht, bei der Durchführung der Maßnahmen weitgehend mitzuwirken. Diese Unterstützung ist dem Organisationsleiter vom obersten SA.-Führer ausdrücklich zugesagt worden. Auch gehen alle Orientierungen und alle Anordnungen über die Vorbereitungen den Dienststellen auf dem SA.-Dienstwege zu. Um allen selbständigen Versuchen der mit der Propagierung des Gedankens der Arbeitsdienstpflicht beauftragten örtlichen Referenten vorzubeugen, wird diesen jede selbständige Anforderung und Anordnung und die Befolgung solcher Befehle verboten.

Großer Wert wird auf die Schulung der künftigen Arbeitsdienstführer gelegt. Es wird empfohlen, schon jetzt, soweit das im Rahmen der jetzigen Gesetzgebung (im freiwilligen Arbeitsdienst) möglich sei, praktische Versuche anzustellen. Auch auf die Verbreiterung der Grundgedanken der Arbeitsdienstpflicht wird großer Wert gelegt. Die Abkommandierung von unteren Führern sollen die Standartenführer verfügen, die der mittleren Führer auf Antrag der oberste SA.-Führer selbst.

Was der Nationalsozialismus mit der Arbeitsdienstpflicht vor hat, ist nichts anderes als

Wiedereinführung und „Modernisierung" der Soldatensklaverei,

wie sie in Deutschland lange vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bestand. Jedenfalls steht das eine fest: die Faschisten wollen in der Arbeitsdienstpflicht kommandieren. Das Arbeiten überlassen sie gnädigst den Proleten. Kommandieren — das ist das ganze Programm der NSDAP. Die Herrschaften mit braunen Hosen und Blusen wollen Offizier und Unteroffizier spielen. Und ausgerechnet aus den Schlägerkolonnen der SA. sollen die „Führer" des Arbeitsdienstes geholt werden.

Das eröffnet recht freundliche Perspektiven. Wenn erst diese SA.-Schläger auf die Arbeiter im Arbeitsdienst losgelassen werden, dann wird des Prügelns kein Ende mehr sein. Hiebe — das ist der einzige pädagogische Grundsatz der „rauhen Kämpfer" Hitlers.

Die Hitler würden, wenn sie zum Zug kämen, ganz Deutschland in eine einzige Kaserne verwandeln. Es wird sich in wenigen Tagen und Wochen entscheiden, ob die deutsche Arbeiterklasse — direkt oder indirekt — Hitler zu der Macht verhilft, die notwendig ist, um solche Pläne zu verwirklichen.

Sieg der gesunden Vernunft.

48-Stunden-Woche in Pflegeanstalten bleibt.

Der Streit um die Arbeitszeit für das Pflegepersonal in den Berliner städtischen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten ist, wie es scheint, endgültig beigelegt. Auf Empfehlung einer Konferenz der Bürgermeister sämtlicher Verwaltungsbezirke und der Vertreter des Magistrats hat der Oberbürgermeister seine Verfügung vom 18. Januar zurückgezogen, wonach ab 1. April die Arbeitszeit für das beamtete Pflegepersonal von 48 auf 54 Stunden wöchentlich verlängert, die Arbeitszeit für das im Angestelltenverhältnis stehende Pflegepersonal jedoch von 48 auf 44 Stunden verkürzt werden sollte.

Auf Grund dieser veränderten Lage hat auch der Stadtgemeindeausschuß den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zurückgestellt, in dem die Zurücknahme der Verfügung des Oberbürgermeisters und die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeitregelung für das städtische Pflegepersonal verlangt wurde. Die Bürgermeisterkonferenz beschloß weiter die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus vier Bezirksbürgermeistern und einigen Sachverständigen, die feststellen soll, wie durch andere Maßnahmen als durch Arbeitszeit- und damit verbundene Lohnabbauexperimente eine Senkung der Anstaltskosten herbeigeführt werden kann. Die Feststellungen und Vorschläge dieser Kommission, die ihre Arbeiten bis jetzt noch nicht abgeschlossen hat, sollen dann einer neuen Bürgermeisterkonferenz unterbreitet werden.

Damit ist der Schildbürgerstreich, in der Zeit drückendster Massenarbeitslosigkeit für einen Teil des städtischen Pflegepersonals die Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus zu verlängern, während man einen anderen Teil, der genau dieselbe Tätigkeit ausübt, auf Kurzarbeit setzt, wohl endgültig abgewehrt. Das ist nicht nur ein Sieg der gesunden Vernunft, sondern auch des Gesamtverbandes. Der „Vorwärts", der die gewerkschaftliche Aktion wie immer rückhaltlos unterstützt hat, verzeichnet diesen Ausgang mit besonderer Genugtuung.

Verteilt die Arbeit!

Notruf der Glasmacher. — Wie rationalisiert wird.

Von 90 000 einst in der Glasindustrie Beschäftigten haben 40 000 keinen Arbeitsplatz mehr. Ganze Orte wie Rauscha, Brand-Erbisdorf, Radeberg, Porta, Stadthagen, Pirna, Gießbühl, Masserberg, Steinbach sind wirtschaftlich tot, weil die Hütten schließen mußten. Am Jahresschluß 1931 waren bereits 52,1 Proz. der Glasarbeiter ohne Arbeit und 18,9 Proz. in Kurzarbeit. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit des Vorjahres betrug 42 Proz. und die Kurzarbeit 11,5 Proz.

Die deutsche Glasindustrie mußte 1931 ihre bisher führende Stellung auf dem Weltmarkt an die Vereinigten Staaten von Nordamerika abtreten. Im Jahre 1913 hatte die deutsche Glasindustrie am Weltexport für Glas noch einen Anteil von 30 Proz., 1930 dagegen betrug dieser nur noch 23 Proz. Der Rückgang traf vor allem die einst führende deutsche Flaschenindustrie. Ferner trug die Einrichtung von Glasfabriken in industriearmen Ländern zur rückläufigen Entwicklung des deutschen Glasexports bei. Vor allem aber machte sich die neue Zollschutzgesetzgebung in den Vereinigten Staaten vom Jahre 1930 und in England von 1931 verheerend bemerkbar. Als besondere Erschwernis des Exports kamen dann in den letzten Monaten die Valutaänderungen von 24 Staaten hinzu.

Die Mechanisierung hat auch in der Glasindustrie zu einem guten Teil die Arbeitslosigkeit gesteigert. Erzeugungs- und Absatzmöglichkeiten klaffen weit auseinander. Für die Tafelglas- und zum Teil auch für die Fassettenindustrie machte sich im Vorjahr der Ausfall auf dem Baumarkt sehr nachteilig bemerkbar. Auch die Bleikristallindustrie wurde hart betroffen und hatte unter der Schwächung der Kaufkraft schwer zu leiden. Viele Betriebe dieses Industriezweiges im Riesen- und im Glatzer Gebirge liegen schon seit Jahren still. Die Fieberthermometer-Industrie Thüringens ging in diesem Jahre zum zweitenmal dazu über, im stillen Einverständnis mit der Arbeiterschaft eine mehrwöchige Produktionspause durchzuführen, um den Markt zu entlasten und dem unerhörten Preisdruck zu begegnen.

Wenn in einem Industriezweig Arbeitszeitverkürzung angebracht und notwendig ist, dann in der Glasindustrie. Die zuständige Organisation, der Keramische Bund im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, hat in dieser Hinsicht getan, was in seinen Kräften stand. Er erreichte in Genf, daß man jetzt an die internationale Regelung der Arbeitszeitverkürzung in der Tafelglasindustrie herangehen will. Die Arbeitszeitfrage der deutschen Glasindustrie aber wurde von Regierung und Unternehmern auf die lange Bank geschoben. Und doch handelt es sich hier um eine Angelegenheit, deren Erledigung nicht nur die Glasarbeiter und einige Konzerndirektoren, sondern die ganze Oeffentlichkeit angeht. In der Glasindustrie müssen unbedingt neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das geht ohne besondere Belastung. Die Glasmacher verlangen eine vernünftige Verteilung der Arbeit.

Es wird wieder „reformiert"!

Diesmal die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung.

Der Reichsrat wird sich in seiner nächsten Vollsitzung am Donnerstag mit einer Reihe kleinerer Vorlagen zu beschäftigen haben. Unter den Vorlagen, die dem Reichsrat zugegangen sind, befindet sich eine Verordnung über die Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, handelt es sich hierbei um eine kleine interne Reform der Arbeitslosenversicherung. Das Gutachten der Brauns-Kommission sprach davon, daß, abgesehen von der Kürzung der Unterstützungssätze und den großen wirtschaftlichen und organisatorischen Problemen der Arbeitslosenversicherung, auch durch eine Vereinfachung des Mechanismus dieser Institution im Rahmen des bestehenden Gesetzes noch gewisse Verwaltungsersparnisse erzielt werden könnten. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde beauftragt, in dieser Richtung Vorschläge auszuarbeiten. Das Ergebnis hat sie dem Reichsarbeitsministerium übermittelt, das nunmehr seinen Entwurf dem Reichsrat unterbreitet. Es dürfte sich dabei vor allem um die Aenderung der Kompetenzen der Selbstverwaltungsorgane, um Einsparungen an Sitzungsgeldern, Reisekosten und andere kleinere Positionen handeln.

Wir haben nichts dagegen, wenn man bei Reisekosten und Sitzungsgeldern ein paar hundert oder — wenn es hoch kommt — ein paar tausend Mark einspart, vorausgesetzt natürlich, die Einsparungen gehen nicht so weit, daß eine Teilnahme an der Verwaltung den Vertretern der Arbeiter und Angestellten nicht besonders heute kaum zu tragende Lasten auferlegt.

Stutzig macht uns nur der Passus, daß es sich „vor allem um die Aenderung der Kompetenzen der Selbstverwaltungsorgane" handeln soll. „Aenderung" bedeutet hier wohl kaum „Erweiterung", sondern wahrscheinlich „Einschränkung". Nun sind die Kompetenzen der Selbstverwaltungsorgane heute bereits schon so eingeschränkt, daß die Selbstverwaltung vielfach nur noch auf dem Papier steht. Es wäre deshalb sehr erwünscht, wenn das Reichsarbeitsministerium die Oeffentlichkeit nach dieser Richtung informiert. Besonders interessieren wird, ob auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege die allzu weit gediehene Bürokratisierung der Reichsanstalt vollendet und z. B. die Einstellung und Entlassung des Personals der Arbeitsämter, soweit die Selbstverwaltungsorgane darauf noch Einfluß haben, diesen entzogen werden soll.

Ein Streik in der Herrenkonfektion.

Geführt von der RGO.

Am 10. Februar ließen die „roten" Betriebsräte in einer öffentlichen Versammlung per Akklamation über einen Streik bei der Firma Bernhard Kaß abstimmen. Man hatte weder Zeit, sich erst über die Geschäftslage zu informieren noch über das Organisationsverhältnis der Belegschaft. Das Lager der Firma war bis unters Dach gefüllt. Die Firma hatte bis 14 Tage vor dem Streik in zwei Schichten arbeiten lassen und acht Tage vorher 80 bis 90 Arbeitnehmer entlassen, denen noch weitere folgen sollten, falls es ihr nicht gelang, einen neuen billigeren Artikel herauszubringen. Sie ging dazu über, bei einem Teil der Belegschaft die übertariflichen Zulagen um die Hälfte zu kürzen. Da selbst diese abgebauten Löhne noch über dem Tarif liegen, mußte der Arbeitsnachweis mit seinen 6000 branchekundigen, auf Arbeit wartenden Spezialarbeitern Arbeitskräfte vermitteln, ganz abgesehen davon, daß aus benachbarten Spezialgebieten der Bekleidungsindustrie mit Leichtigkeit mindestens die doppelte Anzahl für die notwendige Teilarbeit angelernt werden kann.

Das alles hinderte die RGO.-Streikmacher nicht. Der „Solidaritätsausschuß" richtete einen Aufruf an Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende, praktische Solidarität zu üben, die 700 streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Laß mit Geld und Lebensmitteln zu unterstützen. Die Streikenden wurden der Küche in UBJ. „zur weiteren Verpflegung" überwiesen.

Am Montag, dem 15. Februar, eröffnete die Firma den Betrieb mit 90 Personen und forderte weitere Kräfte vom Arbeitsamt an. Bis dahin hatten sich die „revolutionären" Klassenkämpfer die Zeit mit Schalmeienkonzert vertrieben. Wie lange wird die Arbeiterschaft sich das RGO.-Theater noch mit ansehen?

Eine Notverordnung tut not!

Warum nicht Verbot der Einstellung von Pensionsbeziehern.

Ueber das Kapitel „Doppelverdiener" ist schon viel geredet und geschrieben worden. Vorschläge wurden gemacht, die weit über das Ziel hinausschossen und den Kern des Uebels meist nicht trafen. Wo das wirkliche Uebel sitzt und wie es mit der Wurzel ausgerottet werden kann, darüber gibt folgendes Inserat Auskunft, das in Nr. 6 der Jagdzeitung „Wild und Hund" erschienen ist:

Stellung.

Ich suche für mein kleines Jagd-Gut, 60 Kilometer von Berlin, ein pensioniertes Försterehepaar.

Ich verlange:

1. Beaufsichtigung einer etwa 2000 Morgen großen Hoch- und Niederjagd.
2. Die Aufzucht und Pflege der Hunde meiner Irish Setters Zucht.
3. Die Sauberhaltung meines kleinen Jagdhauses.

Ich biete:

1. Freie Wohnung in einem massiven Jagdhaus, bestehend aus Küche und 4 Zimmern (Haus liegt direkt neben meinem Jagdhaus).
2. Eine Entschädigung von 50 Mark im Monat zuzüglich 10 Proz. Provision aus dem Verkaufserlös der Hunde.
3. ½ Morgen unkultiviertes Gartenland steht zur Verfügung.

Der Inserent ist natürlich anonym. Wir sprechen gar nicht von dem skandalösen Angebot, das der Inserent nur deshalb zu machen wagt, weil er als Vorbedingung stellt, daß der Bewerber pensioniert sein muß, seinen Lohn also zum größten Teil nicht vom Besitzer, sondern von Staat erhält.

Hier tut eine Notverordnung dringend not. Hunderte von Förstern warten vergebens seit Jahr und Tag auf Anstellung. Endlich wird eine Stelle frei. Nur wer schon Pension bezieht hat Aussicht auf Einstellung.

Dieser Fall ist leider kein Einzelfall. So gering im Verhältnis zur Gesamtzahl auch die Zahl der beschäftigten Pensionsbezieher sein mag: Wenn mehr als sechs Millionen Arbeitslose irgendwie schlecht und recht aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen, ist es eine psychologische und soziale Unmöglichkeit, noch weiter die Einstellung von Pensionsbeziehern zuzulassen.

Bauarbeiterlöhne noch zu hoch?

Das Reichsarbeitsministerium hat, wie wir von maßgebender Stelle erfahren, den Antrag der Bauarbeiter auf Allgemeinverbindlicherklärung der neuen Lohnsätze abgelehnt. Dem Ministerium sind allem Anschein nach die Löhne immer noch zu hoch. Anders läßt sich die Ablehnung der Allgemeinverbindlicherklärung der von ihm selbst diktierten Löhne kaum erklären.

Arbeitslosigkeit und Einkommen der Maler und Lackierer im Jahre 1930 und im Frühjahr 1931 beleuchtet eine umfangreiche Broschüre des Verbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher, der die Ergebnisse einer Erhebung des Verbandsvorstandes zugrunde gelegt sind. Die Broschüre stützt sich auf fast 25 000 Fragebogen, auf denen die befragten Verbandsmitglieder Auskunft darüber geben, wie oft sie seit Anfang 1930 arbeitslos, erwerbsunfähig krank waren oder ihren Betrieb gewechselt haben, von welcher Dauer ihre Arbeitslosigkeit, Krankheit, berufliche oder außerberufliche Beschäftigung war, und welches Einkommen sie in dieser Zeit aus beruflicher und außerberuflicher Beschäftigung oder an Unterstützungen hatten. Obwohl die Erhebungen durch die katastrophale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Maler und Lackierer bereits überholt sind, ist die im Verlag von Hans Batz, Hamburg 36, erschienene Broschüre durchaus lesenswert, weil sie auch allgemein einen tiefen Einblick in die Einkommens- und Lebensverhältnisse der Maler und Lackierer gewährt.

AEG.-Turbine, SPD.-Fraktion! Donnerstag 15 Uhr Fraktionssitzung bei Oehlschläger, Berlichingenstr. 5. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

SPD.-Fraktion Gesfürel-Loewe und Typograph! Donnerstag 16½ Uhr bei Sturz, Huttenstr. 9, Fraktionsversammlung. „Politische Krise und Reichspräsidentenwahlen", Referent Eduard Fuchs, M. d. L.

Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. VDK.-A., Angestellte der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke: Donnerstag 19 Uhr im „Hackeschen Hof", Rosenthaler Str. 40–41 (großer Saal), Vollversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahlen, 3. Kündigung des Tarifvertrages, 4. Verschiedenes. Die Funktionäre treffen sich um 17 Uhr im selben Saal!

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 24. Februar, um 19½ Uhr, sagen die Gruppen: **Südwestes:** Jugendheim Dorfkir. 11 (Fabrikgebäude). „Streifzüge durch die Sozialversicherung." — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). „Vom Einzelvertrag zum Tarifvertrag." — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. Wir gestalten den Abend aus. — **Nordring:** Jugendheim Gottenburger Str. 20. Literarischer Abend in Berliner Mundart. — **Weißensee:** Jugendheim Weißenseer, Parkstr. 56. Literarischer Abend: „Aus der Art geschlagen". — **Kreuzwalder Platz:** Jugendheim Kastenburger Str. 14. Die Mädchen gestalten den Abend aus. — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). „Jugend und Nationalsozialismus." — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstraße 68 (U-Bahn Boddinstraße). „Der Jugendliche in der Jugendfürsorge." — **Humboldt:** Jugendheim Braun, Ecke Lessingstraße. „Bub und Mädel in der Jugendbewegung." — **Schillerpark:** Jugendheim Schule Schönlinstr. 17. „Gewerkschaften und Notverordnung." — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schönebergerstraße 4. Vorlesung aus den Werken von B. Traven. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Kabarett auf Schallplatten. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes.** Fachgruppe Handelsgewerbe: 19½ Uhr Jugendheim des Gesamtverbandes, Engelufer 24–25, Demonstrationsvortrag: „Wir schalten um auf alle Rundfunksender".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. „Wir lernen reden", Leiter: Polemann. — **Nordost 1:** Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). Aussprache: „Die Jugend im Arbeitsrecht und in den Arbeitsschutzbestimmungen", Leiter: Böer. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Straße 2 (Baracke). Aussprachebend: „Die moderne Jugend", Leiter: Meistock. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Holzmarktstr. 61. Lichtbildervortrag. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Wir lernen neue Lieder. Leitung: Schäfer. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Straße 1–4, Ecke Kanner Straße. „Ein Jahr Verbandsarbeit" (Jahresbericht). — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstr. 7. Martha Gotthelf über „Die Frau in der Familie". — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Saalenzimmer). „Tagespolitische Rundschau." — **Charlottenburg:** Jugendheim Spichernstr. 4. Vortrag: „Die Fürsorgeerziehung", Referent: Koenig. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Arbeitsgemeinschaft: „Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung", Referent: Heilbrunn. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge in Nowawes, Priesterstraße. Aussprachebend: „Wie gestalten wir unsere Werbefeier zur kommenden Schulentlassung aus?" — Heute tagt die Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G. von 16–18 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 24. — Die Singstunde am Sonntag, 28. Februar, findet nicht im Alterheim Danziger Straße, sondern im Jugendheim Lehrter Straße 18–19 statt.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Wahlmache mit einer Toten

KPD.-Märchen von dem Hungertod einer Arbeiterfrau

In der Hetze gegen das angeblich sozialdemokratisch regierte Berlin — in Wirklichkeit hat der Magistrat eine bürgerliche Mehrheit — übertrifft die kommunistische Presse die kommunalfeindlichsten Unternehmerzeitungen. Der Kampf um die Reichspräsidentenwahl wird in Berlin und in der Provinz von der KPD. mit den infamsten Lügenartikeln über den Berliner „SPD.-Magistrat" eröffnet.

So erzählt der kommunistische „Klassenkampf" in Halle seinen Lesern ein Märchen, wonach in Berlin eine Arbeiterfrau „durch Notverordnung verhungert" sei. Mit diesen und anderen Lügenartikeln will die KPD. ihr schmutziges Wahlgeschäft betreiben. Die angebliche Schuld des Berliner „SPD.-Magistrats" hat sich nach gewissenhaftester Prüfung als eine infame Lüge entlarvt! Die angeblich Hungers gestorbene Arbeiterfrau ist einem unheilbaren Rückenmarkleiden nach jahrelangem Siechtum erlegen. Hinzu kam, daß die Kranke Morphinistin war und rettungslos mehr und mehr verfiel. Am 16. Februar wurde die Kranke, die Frau des Schmieds K. aus der Swinemünder Straße, von ihrem qualvollen Leiden durch den Tod erlöst.

Die kommunistische Darstellung.

Was schreibt die kommunistische Zeitung? „Die Medikamente für die kranke Mutter mußten herangeschafft werden. Das Wohlfahrtsamt bewilligte die Mittel dazu nicht. Verzweifelt eilte der Vater von Behörde zu Behörde. Niemand erfüllt sein flehentliches Bitten. Vater und Kinder müssen mit ansehen, wie die Mutter von Tag zu Tag weniger wird und zu einem Skelett abmagert. Die vielgepriesene Winterhilfe bleibt aus. Sie „findet" nicht in die dunkle Höhle in der Swinemünder Straße 7, wo ein erwerbsloser Vater und zwei Kinder um ihre hungernde, kranke Mutter weinen. Am 16. Februar schwindet der letzte Lebenshauch aus dem erschreckend abgezehrten Körper. Die Bürokraten des Wohlfahrtsamts ließ auch das erschütternde Ereignis kalt. Der Mann wollte einen Zuschuß für die Beerdigung seiner Frau haben. Abgelehnt!"

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, den Behauptungen in allen Einzelheiten nachzugehen. Chronologisch zählen wir die Dinge auf, wie sie sich wirklich zugetragen haben.

Wie das Wohlfahrtsamt eingriff.

Im Dezember 1929 erhält das Wohlfahrtsamt zum ersten Male von dem Schmied einen Antrag um Sonderunterstützung für seine schwerkranke Frau, die nach seinen eigenen Angaben, seit einem Jahr (also seit 1928) an einem Rückenmarkleiden (Schwindsucht) daniederliegt. Gerechtigkeit verlangt festzustellen, daß vom Wohlfahrtsamt alles getan wurde, um der ständig Bettlägerigen Erleichterungen zu bringen. Am 28. Dezember 1929 wurden 15 M. Sonderunterstützung bewilligt, dann erhielt die Kranke ständig bis zu ihrem Ende Beihilfen in Naturalien, die folgendermaßen aussehen: Für Dezember 1929 40 Eier, 2 Pfund Butter monatlich und täglich 1 Liter Milch; für Januar bis einschließlich August 1930 werden diese Lebensmittelzuwendungen durch das Wohlfahrtsamt ununterbrochen weitergeführt. Im September 1930 wird die Eierration auf 30 Stück pro Monat gekürzt, dafür gibt es aber drei Pfund Butter und weiter täglich einen Liter Milch. Bis zum August 1931 setzt das Wohlfahrtsamt diese Lebensmittellieferungen in unvermindertem Quantum fort. Im September 1931 erhält der Schmied außer zwei Pfund Butter und einem Liter Milch noch 15 M. zur weiteren Verpflegung seiner kranken Frau vom Wohlfahrtsamt ausgezahlt. Im Oktober bekommt er abermals 20 M. bar ausgezahlt und für November und Dezember zahlt das Wohlfahrtsamt abermals je 24,25 Mark Zusatzunterstützung. Ab 1. Dezember wurde der Kranken vom Wohlfahrtsamt Hauspflege gewährt, da der Mann die kleine Wirtschaft nicht selber führen wollte oder konnte. Täglich erschien eine Pflegerin oder ein Sanitäter, die sich um die Kranke kümmerten, die Verbände erneuerten und für die anderen Dinge sorgten. Diese Hauspflege war vom Wohlfahrtsamt zunächst auf die Dauer von drei Monaten, beginnend mit dem 1. Dezember 1931, bewilligt worden. Die Pflegekosten betrugen für das Wohlfahrtsamt monatlich 24 Mark. Sogar im Januar noch, nachdem der Schmied am 6. Januar 1932 wieder Arbeit gefunden hatte, wurde die Hauspflege stillschweigend weiter gewährt. Die zusätzlichen Lebensmittelzuwendungen für die Kranke erreichten jeden Monat die Höhe von ebenfalls 24 Mark.

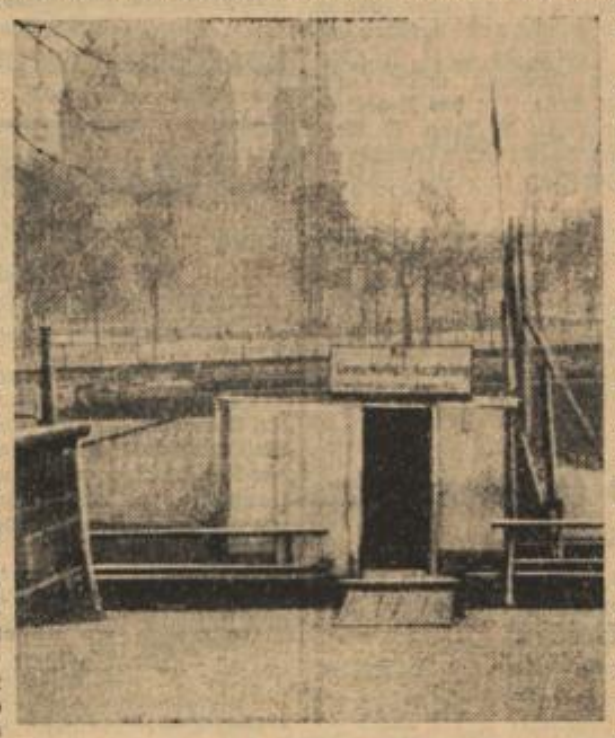
Der Mann der Todkranken hat im November 1931 der Behörde aber verschwiegen, daß sich seine beiden Kinder bei der Großmutter befanden. Da ihm für die Kinder bereits zweimal 24,25 Mark zusätzlich gezahlt worden waren, und er selbst zugab, daß sich die Kinder im Dezember ständig bei der Großmutter aufgehalten haben, wurden die beiden Beträge vom Wohlfahrtsamt für die zusätzlichen Lebensmittel der Frau aufgerechnet. Am 6. Januar 1932 bekam Knorr wieder Arbeit und das Wohlfahrtsamt bewilligte ihm wieder 15 Mark Extraunterstützung und ein Paar Schaftstiefel.

Mörder Morphium.

Mußte die Kranke tatsächlich bei den Leistungen des Wohlfahrtamtes verhungern? Man kommt der Lösung des Rätsels aber näher, wenn man folgendes erfährt: Das Wohlfahrtsamt und auch der behandelnde Arzt legten K. immer wieder nahe, seine Frau doch in ein Krankenhaus zu schicken, wo sie gut aufgehoben und am besten versorgt sei. Das lehnte der Mann stets ab — und die Kranke konnte nicht befragt werden, ihr Zustand war zu apathisch, als daß sie sich zu einem solchen Entschluß noch selbst aufraffen konnte. Es war vielen unbegreiflich, daß die Frau nicht ins Krankenhaus durfte — aber da hätten die Morphiuminjektionen aufgehört, die der kranke Körper täglich erhielt. Die Unglückliche war dem Morphium rettungslos verfallen. Vor einem halben Jahr hörte die Krankenkassenbehandlung auf und

Der Walfisch von Berlin

Am 3. Juli 1901, nachts 1 Uhr, wurde im Nördlichen Eismeer ein Walfisch gefangen, der nach seinem Tode ein merkwürdiges Schicksal hatte. Er wurde, nachdem ihn die tödliche Harpune getroffen hatte, nicht, wie es sonst zu geschehen pflegte, zerlegt und als Rohstoff für alle möglichen Erzeugnisse verwendet, sondern mit dem Dampfer „Viktoria" auf einer neun Tage dauernden Fahrt nach Hamburg geschleppt. Hier zerlegten ihn geübte Hände und präparierten ihn so, daß er nun als Museumsstück neue Reisen antreten konnte. Er wurde auf einen Elbkahn geladen und von Ort zu Ort gefahren, überall bestaunt und bewundert, natürlich gegen ein gutes Eintrittsgeld. Schließlich fand die Reise zwischen dem Zeughaus und dem Dom im Zentrum Berlins im Jahre des Unheils, 1914, ihr Ende. Hier ließ sich das schwimmende Museum, das inzwischen durch zahlreiche andere Schaustücke bereichert worden war, heimatlich nieder. Seitdem gehört die „Riesen-Walfisch-Ausstellung" zu den Merkwürdigkeiten Berlins. Wenn man gegen Zahlung von drei Groschen das schwimmende Museum betritt, erhält man einen Zettel, der im seltsamsten Deutsch die Geschichte des Riesenwals erzählt. Man erfährt unter anderen interessanten Einzelheiten, daß der Walfisch „zur Erfindung der Dampfschraube beigetragen" habe. Gemeint ist natürlich die Schiffsschraube, und der gute Ressel, der Erfinder dieses ausgezeichneten Gerätes, würde sich im Grabe umdrehen, wenn er erfahren könnte, daß er bei dem Walfisch in die Schule gegangen sein soll. Dann steigt man die kleine Treppe hinunter und steht in dem seltsamsten Museum Berlins. Der aufgerissene Schlund des Walfischs starrt einen an. Diese Riesenklappe mißt von der Mundspitze bis zur Schlundhöhle nicht weniger als 4,70 Meter. Ihre innere Breite beträgt 2,3 Meter und die Entfernung von Unter- und Oberlippe mißt 1,81 Meter. Da könnte selbst der größtmäuligste Nazi eifersüchtig werden . . . Im übrigen erinnert das Tier geradezu an ein Unterseeboot, das es bestimmt im praktischen Betrieb an Sicherheit bei weitem überragt. Neben dem fast 23 Meter langen Tier steht das Geschütz, mit dem diese Riesen vom Leben zum Tode befördert werden. Auch die Harpunen und Walmesser sind zu sehen. Werkzeuge, die in der Weltstadt selten sind.



Ein älterer Mann betätigt sich als Museumswächter und gibt Erklärungen ab, die man willig anhört. Der Mann ist froh, hier bei einem kleinen Wochenlohn einen Unterschlupf gefunden zu haben. Für seinen Beruf ist er längst zu alt. „Früher," sagt er, „war das noch anders. Da waren hier fünf Mann, die hatten alle zu tun. Das Publikum stand draußen Schlange, das Geschäft ging vom Morgen bis zum Abend. Aber heute ist ja kein Geld unter den Leuten. Hin und wieder kommt ja auch mal eine Schulklasse. Aber das bringt bloß fünf Pfennig die Person. Wenn jetzt 20 oder gar 30 Besucher am Tage kommen, ist das schon viel. Der Besitzer ist vor fünf Jahren gestorben, und nun muß seine Frau das Erbe verwalten. Sie steht den lieben, langen Tag an der Kasse und hält nach Kunden Ausschau. Sie hat das Standgeld, die Gebühr für den Zugang vom Ufer zum Kahn, die Steuern und auch den Wochenlohn für ihren einzigen Angestellten zu zahlen. Wie sie dabei zurecht kommen soll, wo kein Geld mehr da ist, das kann ich nicht sagen." Der Mann blickt sorgenvoll in den aufgerissenen Rachen des Walfisches. Aber der kann ihm auch nicht helfen. Die große Klappe allein macht's auch nicht. Der Berliner Walfisch wird von der Krise bedroht. Mag die Schau noch so seltsam anmuten, es wäre schade, wenn das schwimmende Museum der Weltstadt, an dessen Fahnenstange immer lustig die schwarzrotgoldene Flagge weht, verschwinden und der Walfisch Berlins ein Opfer der Krise werden sollte.

22]

Er muß auch über Anitas Leben nachsinnen. Anita hat Talent zur Hausfrau und Mutter. Man gibt ihrem Leben einen Inhalt, wenn man sie Hausfrau und Mutter werden läßt. Bei Kerzenschein und in leichter Alkoholstimmung kommt Billy die Lösung.

Auf den Waldparzellen in Konradshöhe wird ein Haus gebaut und darin soll ein Heim für Artistenkinder eingerichtet werden. Anita soll es verwalten. Billy jedoch wird in Europa noch ein paar große Engagements absolvieren und dann, ja dann geht es zurück in die Prärie. Ein Cowboy gehört nun mal eben nicht auf den Asphalt.

Der Buchfink.

Nach einem Jahr hat Billy für den Januarmonat ein Varietéengagement in Berlin, und Anita wohnt schon draußen in Konradshöhe. Billy fährt jede Nacht heim. Es hat doch einen ungeheuren Reiz, ein Zuhause zu haben. Jede andere Frau würde sich ängstigen, allein, tief im Hochwald zu wohnen. Anita fühlt sich frei.

Neulich, als sie eilends nach Hause wollte, wurde sie von einem Mann aufdringlich angesprochen, und als sie ihm keine Antwort gab, von ihm verfolgt. Da ging sie kurz entschlossen in den Wald und er blieb auf der Straße. Sie lachte in sich hinein. Ja, vor dem dunklen Wald haben selbst die frechsten Jungen Angst.

Wer war denn dieser Mensch überhaupt? Höchstwahrscheinlich ein ausgemergelter Arbeitsloser. Der ewig unterdrückte Geltungsdrang kam zur Explosion. Er wollte mal raus aus dem Alltag, wollte mal etwas gelten, wenn auch nur heimlich vor sich selbst.

Anitas energisches Auftreten ließ ihn ganz in sich zusammenklappen. Er kannte ja keine Natur, er kannte ja keinen Wald, war sicher in Berlin geboren, in irgendeiner Wohnhöhle, auf irgendeinem Hof, von dem aus es keinen Aufstieg in bessere gesellschaftliche Schichten und selten einen in ein naturverbundenes Leben gibt.

Es setzt starke Kälte ein. Trotzdem fährt Billy jede Nacht heim. Er hat ein kleines Automobil, er selbst nennt es einen Kohlenkasten mit Beinen. Ein Indianer sitzt am Steuer. Er ist ein Halbblut, hat einst in der französischen Armee gedient und war dann nach Abmarsch der Rheinlandbesetzung freigekommen. Er hat dunkle Farbe, ist für Schauzwecke sehr gut zu verwenden und braucht im Winter nicht nach Hause geschickt zu werden. Er gehört nicht in ein amerikanisches Naturschutzgebiet.

Der Indianer, mag er nun zu den Franzosen gekommen sein, wie er will, er hat bei ihnen Ordnung und Pünktlichkeit gelernt. Er ist tatsächlich fleißig und anstellig, und er fährt wie der Teufel. Er hofft immer, Billy einmal gründlich erschrecken zu können. Der jedoch behält seine Kaltblütigkeit. Er sagt nur: „Beim ersten Zusammenstoß bekommst du, bevor ich dich ins Krankenhaus schaffe, noch welche mit dem Lasso."

Eine Warnung, die immerhin ernst zu nehmen ist und bestimmt zur Vorsicht mahnt.

Billy kümmert sich nicht um das Automobil. Er begründet sein Benehmen absonderlich. Er sagt: „Der Cowboy ist Stalldienst gewohnt. Wenn ich fahre, wasche ich auch das Automobil, ich würde es auch selbst reparieren und schließlich versaue ich meine Knochen."

Er muß viel Rücksicht auf seine Hände nehmen. Sie müssen sicher bleiben. Lassen die Augen nach, kann man eine Schießbrille tragen. Sie stört das Publikum nicht, im Gegenteil, sie würde manchem Zuschauer zusagen. Aber die Hände, die Hände, die dürfen nicht zittern.

Der Winter ist hart und Billy und Anita fangen Vögel ein. Billy behauptet: „Alle bei großer Kälte eingefangene Vögel haben einen Frostkopf."

Darum werden die Tiere erst in die Veranda gesetzt, damit sie auftauen. Nach und nach gewöhnt man sie an die Zimmertemperatur. Die Vögel sind dankbar. Die Männchen glauben, es ist Frühling und singen im tiefen Winter.

*

Das Haus ist mit einem Schneewall umgeben, als Billy es verläßt, um nach England zu fahren. Dort lebt das Varieté wieder auf und Billy hat ein paar gute Verträge in der Tasche.

Anita soll inzwischen alles vorbereiten für den Frühling und für den Einzug der Kinder.

Nach dem Varietéengagement geht Billy in England auf Kinotour. Das Publikum ist dem Tonfilm etwas gram geworden; um ihn vorführen zu können, muß im Programm vorweg was Lebendiges laufen, und man besinnt sich wieder auf die Artistennummer. Billy muß dreimal am Tage auftreten. Er kommt nicht dazu, Anita zu schreiben.

Er verspürt es in den Knochen, er bemerkt es an der schnell eintretenden Müdigkeit seiner Augen, es wird Zeit, daß er Schluß macht. Man soll aus freien Stücken abtreten, man soll sich nicht zum Abtritt drängen lassen. Der Sprung in die große Karriere ist nicht allein wichtig, mindestens ebenso bedeutungsvoll ist das rechtzeitige Aufhören.

Wie traurig ist doch die jetzige harte Zeit, die es den Menschen verbietet, in Ehren grau zu werden. Kein Mensch darf heute altern. Man hat keine Achtung vor dem Alter, man hat nur das eine grausame Bestreben, das Alter auszuschalten. Man hält dem Menschen sein Alter vor, als ob es ein Verbrechen wäre. Dabei können die meisten Menschen heute nicht rechtzeitig aufhören. Sie treibt nicht der Ehrgeiz zum Verweilen, sie treibt die Not. Billy krampft es das Herz zusammen, wenn er die alten Menschen sieht, die immer in Furcht sitzen, daß irgend jemand ihren Geburtsschein entdecken könne. Kein Dieb kann sich gehetzter fühlen als diese müden, zermürbten Menschen.

Da ist ein Seiltänzer mit Billy im gleichen Programm. Er tritt in komischer Maske auf, er verschmiert sich das Gesicht vollkommen. Es kann der gewiegteste Blick aus dem Publikum nicht erraten, wer hinter dieser Maske steckt. Eines Tages aber entdecken Mädel vom Ballett, die in die Garderobe des Seiltänzers dringen, seinen Geburtsschein, der bei seinen Steuerkarten liegt. Die Mädel, gefallsüchtig und blöd, eingebildet auf ihre Jugend, schreien sein Alter raus, gehen mit ihrer Neuigkeit hausieren von Garderobe zu Garderobe. Frechschnäuzig nennen sie ihn „Die Mumie auf dem Seil".

Billy sagt: „Mensch, kümmere dich nicht darum. Sage: Gänse können auch mal einen Einfall haben, baue die Nummer um und tanze als Mumie auf dem Seil. Ich glaube, die Mumie wäre heute Sensation. Man hat Tut-anch-Amon in England noch nicht ganz vergessen."

Der Seiltänzer ist mißmutig, er stürzt ab, er bricht das Schlüsselbein.

Billy begegnet den Mädels mit einem solchen Gesicht, daß sie vor ihm flüchten.

(Schluß folgt.)

der Wohlfahrtsarzt trat in Funktion. Es wurde für die Kranke alles getan, was im Bereich der Möglichkeit stand, aber Morphiumrezepte erhielt K. für seine Frau selbstverständlich nicht. Diese Rezepte muß er sich anderweitig besorgt haben.

Am 1. Februar ist die Unglückliche verschieden und erst nahezu acht Tage später hört der Wohlfahrtsarzt von dem Tode seiner Patientin. Ein anderer Arzt hat also den Totenschein ausgestellt.

Das Wohlfahrtsamt tat alles, was möglich war.

Finanziell ging es dem Schmied nicht viel besser als den anderen Hundertausenden Wohlfahrtsempfängern, aber er verstand es immer noch, seine Bezüge irgendwie aufzubessern. 63,25 Mark betrug die Unterstützung pro Monat. Dazu kamen im November und Dezember 1931 je 24,25 Mark. Bei diesem Richtsatz von 87,50 Mark sind nach den bestehenden Bestimmungen 30 Prozent für Miete eingerechnet, das wären also rund 26 Mark. Die Miete des Schmieds Knorr betrug aber nur 18,25 nach Abzug der erlassenen Hauszinssteuer.

Was hat K. aber sonst bezogen? — Am

12. November 1929	4,50 M.	Schuhreparatur
30. Januar 1930	24,00 „	Mietsbeihilfe
26. Februar 1930	4,50 „	Schuhreparatur
4. April 1930	10,00 „	Sonderunterstützung
2. Mai 1930	8,00 „	„
11. Juni 1930	8,00 „	Beihilfe z. Arbeitsaufnahme
3. Oktober 1930	—	ein Paar Schuhe
18. März 1931	15,00 „	Sonderunterstützung
2. April 1931	15,00 „	in bar lt. ärztlicher Verordnung für Lebensmittel
21. Mai 1931	10,00 „	Mietsbeihilfe
2. Juli 1931	18,25 „	„
2. Juli 1931	4,00 „	bar für Schuhreparatur
24. Juli 1931	6,00 „	Beihilfe f. rückständige Miete
22. August 1931	15,00 „	zur Arbeitsaufnahme
5. Dezember 1931	5,00 „	Zusatzunterstützung

Diese Aufstellung ist nicht ganz vollständig, sie zeigt aber, welche Sonderaufwendungen das Wohlfahrtsamt für die Familie gemacht hat.

Am 18. Februar 1932 erschien der Schmied auf dem Wohlfahrtsamt und bat um Zuschuß zur Beerdigung seiner Frau in Höhe von 70 Mark. Der Dezernent Dr. Reichardt erklärte, daß die 70 Mark nicht bewilligt werden könnten, da er, K., seit dem 6. Januar wieder Arbeit habe. Der Dezernent erklärte aber schließlich, daß das Wohlfahrtsamt die Kosten für das Begräbnis übernehmen wolle. Der Schmied aber wollte die baren 70 Mark haben und den Bestätigungsschein für die kostenlose Beerdigung seiner Frau reichte K. dem Beamten zurück.

*

Das sind die Tatsachen! Die KPD. aber fälscht und wird noch weiter fälschen, heißt es doch am Schlusse des Lügenartikels: „Auf zur Wahl Ernst Thälmanns, des Führers aller Kämpfer gegen soziale und nationale Bedrückung!" Die Lügenfabrik arbeitet. Alles was sozialdemokratische Arbeit geschaffen hat, wird heruntergerissen. Nieder mit der Sozialdemokratie ist die Losung und da ist jedes Mittel gemeinster Verleumdung recht. So stärken Volksverbrecher die Front des Faschismus!

Der Frauenmord in Neukölln.

1000 Mark Belohnung!

Im Schauhause fand am Dienstagnachmittag die Sektion der Leiche der ermordeten Mathilde Rolland statt. Der Tod ist durch Erdrosseln eingetreten.

Der Mörder hat das Mädchen mit dem Gürtel ihres Kleides gewürgt. Das muß mit großer Gewalt geschehen sein. Ebenso gewaltig ist dem Mädchen auch der Tastenschoner in den Mund gesteckt worden. Die Lippen sind hierbei verletzt worden. Nach dem Obduktionsbefund besteht kein Zweifel mehr, daß die Rolland von fremder Hand getötet worden ist. Die Nachforschungen der Mordkommission haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Man sucht immer noch nach dem Unbekannten, der mit ihr am Sonntag zusammen war. Die Prüfung ihrer Briefe usw. ist noch nicht völlig beendet. Es ist möglich, daß sich daraus irgendwelche Hinweise ergeben werden.

Der Polizeipräsident hat für die Ermittlung oder Ergreifung der Mörder der 24jährigen ehemaligen Justizangestellten Mathilde Rolland eine Belohnung in Höhe von 1000 M. ausgesetzt.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Donnerstag, den 25. Februar, 19½ Uhr, Uebungsstunde im Gesangssaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17.

Rundfunk-Millionen

Ueber 88 Millionen Mark kommen ein! — Wann Senkung der Gebühr?

In einem über alle deutschen Rundfunksender verbreiteten Vortrag behandelte gestern Dr. Kurt Magnus, Direktor der Reichs-Rundfunkgesellschaft, „Wirtschaftsfragen des deutschen Rundfunks". Dr. Magnus wies an Hand umfangreichen Zahlenmaterials die Verwendung der als Rundfunkgebühren eingehenden Gelder im Haushaltsplan 1932 der Rundfunkgesellschaften nach. Für das laufende Jahr wird auf Grund der Rundfunkteilnehmerzahl am 1. Januar 1932 (rund 3 960 000 Hörer) mit einem Gebührenaufkommen von rund 88,8 Millionen Mark gerechnet. Nach einer kürzlich neueingeführten Regelung entfällt von dieser Einnahme auf die Rundfunkgesellschaften ein Anteil von 43 Proz., auf die Deutsche Reichspost von 57 Proz. Die Rundfunkgesellschaften tragen die Kosten für Programme, für Einrichtung der Besprechungsräume und für den gesamten Verstärkerdienst, die Reichspost dagegen die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb sämtlicher Rundfunksender.

Der Redner sprach zunächst über die Verwendung des auf den Rundfunk entfallenden Anteils. Im ganzen stehen im Jahre 1932 rund 38,2 Millionen Mark zur Verfügung, die für die Reichs-Rundfunkgesellschaft und die dieser angeschlossenen Gesellschaften in Berlin, Leipzig, Frankfurt a. Main, Hamburg, Stuttgart, Breslau, Königsberg, Köln sowie auch die Deutsche Welle verwendet werden.

Im weiteren Verlauf des Vortrages ging der Redner auf die Verwendung der zentral verwalteten 8,4 Millionen ein. Für eigene Zwecke einschließlich sehr erheblicher Steuerzahlungen und eines beträchtlichen Zinsendienstes werden von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 2 Millionen Mark verbraucht. Für technische Zwecke, d. h. für den gesamten sogenannten „Verstärkerdienst" in allen Sendestädten, für Laboratoriums- und für raumakustische Arbeiten werden 2,1 Millionen gebraucht. 1,4 Millionen Mark müssen alljährlich für Kabelmiete gezahlt werden. Der Rest von 2,9 Millionen fließt wissenschaftlichen Körperschaften (z. B. der Heinrich-Hertz-Gesellschaft, der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der Rundfunkversuchsstelle der Musikhochschule usw.) zu.

50 Millionen bekommt die Reichspost.

Nach einem Hinweis auf die scharfe Ueberwachung der Geldwirtschaft im Rundfunk durch verschiedene staatliche Stellen ging Dr. Magnus auf die Verwendung der der Deutschen Reichspost aus den Rundfunkgebühren zufließenden rund 50 Milliarden Mark ein. An sachlichen Betriebskosten für den Betrieb der Rundfunksender entstehen jährlich 3,5 Millionen Mark. Die Personalkosten der DRP. für Verwaltung, Einziehung und Verrechnung von Gebühren sowie für das gesamte technische Personal bei den Sendern betragen etwa 13 Millionen Mark. Der technische Ausbau des Sendernetzes, d. h. Errichtung von 10 Großsendern und 2 Ortssendern sowie teilweise Umstellung auf Gleichwellenbetrieb erfordern im Jahre 1932 10 Millionen Mark.

Schließlich sprach der Vortragende noch über die Forderung nach Herabsetzung der Rundfunkgebühren. Schon jetzt gehen durch die Gebührenbefreiung der Erwerbslosen jährlich über 7 Millionen Mark Einnahmen verloren. Eine allgemeine Herabsetzung um 50 Pf. würde bereits einen Einnahmeausfall von über 22 Millionen Mark bedeuten. Das letzte Wort ist damit in dieser Frage noch nicht gesprochen! Unsere Forderung nach Senkung der hohen Rundfunkgebühr bleibt bestehen!

Die Jugend kämpft mit in der Eisernen Front!

Freitag, den 26. Februar, 20 Uhr:

Kundgebung der Jugend im Städtischen Köpenick

Sprechchor, Gymnastik, Musik. Redner: Rudolf Breitscheid.

Vormarsch der Partei.

736 neue Mitglieder im Kreis Mitte.

Auf der Kreisdelegiertenversammlung des ersten Kreises Mitte der Berliner Sozialdemokratie erstattete der Vorsitzende, Genosse Willi Riese, den Jahresbericht.

Der Redner wies darauf hin, daß sich 1931 der politische und wirtschaftliche Himmel immer mehr umwölkt habe. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ins unermeßliche, das ständige Steigen der Wohlfahrtslasten und die hierdurch hervorgerufene Verbitterung die den Radikalen von rechts und links Wasser auf die Mühle leitet, kennzeichnen das Berichtsjahr. Vor allem die Nationalisten glaubten, jetzt die Aufträge ihrer Geldgeber aus Industrie und Großagrariertum durchführen zu können. So war die Politik der Partei zwangsläufig auf Abwehr der drohenden Gefahr eingestellt. Dazu gehört unbedingte Geschlossenheit und Einigkeit. Erfreulicherweise kann für den Kreis Mitte festgestellt werden, daß diese Notwendigkeit nur von einem kleinen Teil nicht erkannt wurde: der Abgang zur Spaltergruppe Rosenfeld-Seydewitz beträgt rund zwanzig Menschen. **Demgegenüber ist der Mitgliederbestand im abgelaufenen Geschäftsjahr um 521 Männer und 215 Frauen gestiegen.** Das bedeutet einen erfreulichen Erfolg der Organisation. Hilfe für die Arbeitslosen stand wesentlich im Vordergrund der Arbeit. An 396 Genossen konnten 3818 M. verteilt werden, wovon der Kreis allein 2352 M. aufgebracht hatte. Für den „Vorwärts" wurden 172 Leser gewonnen.

Im Schlußwort sagte Genosse Riese, daß die Stunde nicht reden, sondern handeln erheische. In der Eisernen Front heißt es zu kämpfen gegen alle Feinde der Arbeiterklasse.

Der Bericht des Kreises Kreuzberg.

Auch der Bericht des Kreises Kreuzberg der Sozialdemokratischen Partei Berlins, der auf der Kreisdelegiertenversammlung vom Genossen Schweickardt erstattet wurde, zeigt, daß trotz aller Not der Zeit die Werbekraft der Sozialdemokratie nicht nachgelassen hat und daß unsere Partei auch unter den schwierigsten Verhältnissen überall Mitglieder und Anhänger gewinnt.

Den Ausführungen Schweickardts konnte entnommen werden, daß auch im Kreise Kreuzberg die Spalter um Seydewitz nur einen sehr geringen Erfolg hatten. Nur sehr wenig Genossen wurden der Partei abtrünnig. Die verschiedenen Kommissionen haben eine außerordentlich rührige Tätigkeit entwickelt. Besondere Erwähnung verdient die großzügige Propaganda bei den Frauen und den Jugendlichen. Die Struktur des Kreises läßt nur geringe Ausdehnungsmöglichkeiten zu. Viele Mitglieder sind zudem nach den Vororten verzogen. Gleichwohl aber hat sich die Mitgliederzahl im letzten Jahr von 6500 auf 6645 erhöht. Der Berichterstatter hob bei seinem Referat hervor, daß dieser Erfolg nur der unermüdlichen Arbeit unserer Funktionäre zu verdanken sei. Der Kassenbericht ergab einen Bestand von 2907 M.

Nach den Wahlen richtete Genosse Schweickardt an den Delegierten einen flammenden Appell, die Eiserne Front zu stärken und sich zu den entscheidenden Kämpfen zu rüsten und bereit zu halten. Die sehr gut besuchte Delegiertenversammlung wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Rathausfraktion ehrt Siegfried Weinberg.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Rathausfraktion widmete der Vorsitzende der Fraktion, Genosse Erich Flatau, dem verstorbenen Stadtverordneten Genossen Dr. Siegfried Weinberg tiefempfundene Worte des Gedenkens.

Durch den Tod des Genossen Weinberg müssen in den einzelnen Ausschüssen verschiedene Neubesetzungen vorgenommen werden. In der Deputation für Kunst und Bildungswesen, in der der Verstorbene mit besonderer Hingabe gearbeitet hatte, wird der Nachfolger Weinbergs der Stadtverordnete Genosse Czarlinski; in den Aufsichtsrat der Städtischen Sparkasse tritt neu ein der kommunale Sekretär der Partei, Genosse Paul Robinson. Im Aufsichtsrat der Städtischen Oper wird der Genosse Woywod Nachfolger Weinbergs sein. Der Verstorbene gehörte auch dem Stadtgemeindeausschuß als Vertreter an. Hier wird der freigewordene Platz von der Genossin Rosenthal eingenommen werden.

Der gestrigen Fraktionssitzung wohnte zum ersten Male der Nachfolger Weinbergs im Stadtparlament, Genosse Bruno Lösche bei.

*

Wie wenig Takt und Anstand Stadtverordnete der radikalen Fraktionen des Rathauses besitzen, zeigte ein beschämender Vorfall in der letzten Aufsichts- und Verwaltungsratssitzung der Berliner Stadtbank. Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende Stadtkämmerer Dr. Asch dem verstorbenen Mitglied der Körperschaft, Genossen Weinberg, einige Gedächtnisworte. Die Anwesenden erhoben sich von den Plätzen, mit Ausnahme der Nazi-Stadtverordneten Behagel und Wenzel und der KPD.-Stadtverordneten Grünbeck, Kleine und Oldenburg. Die beiden Nazis bewahrten wenigstens noch während der Worte des Kämmerers Schweigen. Aber die Kommunisten setzten ihr Privatgespräch ruhig fort!

Die andere Seite

Kleinhändler äußern sich zum Kartoffelpreis

Der „Vorwärts" hat sich stets rückhaltlos für die Interessen der Groß-Berliner Verbraucher eingesetzt. Besonders in Zeiten sinkender Kaufkraft steht das Preisniveau im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Jetzt melden sich parteigenössische Kleinhändler und bitten, beispielsweise die Frage des Kartoffelpreises auch einmal von ihrem Standpunkt zu sehen.

Die Kleinhändler betonen, daß sie selbst für den Zentner Kartoffeln 3,25 M. bezahlen müssen und ihn dann mit 4 M. verkaufen. Das wäre also eine Spanne von 75 Pf. Davon gehen allein an Umsatzsteuer 8 Pf. ab, dazu die anderen Steuern, Miete, Licht usw. Hierzu kommt noch ein Verlust von zwei bis drei Pfund pro Zentner, die als Kartoffeln bezahlt werden müssen, aber nur Sand sind. Auch schlechte, faulige Kartoffeln müssen als Verlust abgerechnet werden. Wenn dann außerdem immer 10 Pfund gekauft würden, ginge es noch, die Mehrzahl aller Verbraucher kauft aber nur jeweils fünf Pfund Kartoffeln, mitunter sogar nur zwei Pfund. Es ist schwer, sagen die Kleinhändler, hierbei das richtige, gute Gewicht zu geben und trotzdem noch einen Verdienst herauszuwirtschaften. Abgesehen davon müssen die Kleinhändler die Erwerbslosen-Kartoffeln zum Selbstkostenpreis abgeben. Für die täglich zwölf- bis fünfzehnstündige Arbeitszeit des Kleinhändlers kommt also ein recht bescheidener Tagelohn heraus. Und steigt nun der Großhandelspreis für die Kartoffeln auch nur um 10 Pf., dann wären die Kleinhändler gezwungen, für 10 Pfund 45 Pf. zu nehmen.

Die Kleinhändler geben unumwunden zu, daß sich alle Berliner Hausfrauen über den hohen Blumenkohlpreis ärgern. Aber in der Zentralmarkthalle werden heute für einen Käfig Blumenkohl, das sind 12 Stück, 6,50 bis 7 M. verlangt. Pro Kopf also 54 bis 58 Pf. Von diesen 12 Blumenkohlköpfen sind aber nicht alle von der gleichen Qualität, einige sind angestoßen, klein oder haben sonst einen Fehler. Diese Köpfe müssen dann unter dem Einkaufspreis verkauft werden und die Differenz wird auf die guten Köpfe aufgeschlagen, damit der Kleinhändler zu seinem Gelde kommt. So oder ähnlich ist es schließlich mit vielen anderen Gemüsearten, und schließlich sagen die Kleinhändler: jeder Grünkramladen ist heute ein Kreditinstitut. Wie oft wird die Ware nicht bar bezahlt und muß angeschrieben werden, denn Gehaltsempfänger z. B. haben ihr Monatsgeld heute bereits am 20. vollkommen verausgabt.

Die Preise für Räucherwaren.

Dann kommen wieder die Verbraucher und schreiben dem „Vorwärts". Wir begnügen uns heute mit dem Beispiel einer besonders hohen Preisspanne. Es handelt sich um die bekannten Kieler Sprotten. Ein Viertelpfund von diesen kleinen Fischen kostet billigst 10 Pf. Das wären im Kleinhandels pro Pfund 40 Pf. und pro Zentner 40 M. Nun wird darauf hingewiesen, daß der Fischer bei seiner mühseligen Arbeit für den Zentner 2 M. erhält. Nimmt man an, daß das Räuchern auch 2 M. kostet, ebenso der Versand, dann erreicht man erst einen Zentnerpreis von 6 M. Selbst wenn man für den gesamten Zwischenhandel einen Aufschlag von 150 Proz. einrechnet, kommt man immer erst auf einen Zentnerpreis von 15 M., nie aber auf 40 M. Die Verbraucher fragen nun in ihren Zuschriften, woher kommt die Differenz von 25 M.? Die Fischer, heißt es weiter in den Briefen, sind arme Leute, denen es sehr schlecht geht. Kurz vor Weihnachten haben viele Fischer alle ihre Netze, die sie in See hatten, durch einen drei Wochen lang tobenden Sturm verloren. Die passionierten Sprottenesser sagen deshalb, der Preiskommissar Dr. Goerdeler sollte sich einmal um die Preisspanne für Räucherwaren kümmern.

Krawalle am Stettiner Bahnhof.

Am Stettiner Bahnhof rotteten sich gestern gegen 18 Uhr etwa 2000 Kommunisten zusammen, die versuchten, über die Chausseestraße und das Oranienburger Tor in die Innenstadt zu marschieren. An der Kreuzung Invaliden- und Chausseestraße kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und Demonstranten. Als die Menge versuchte, die Polizeiautos umzustürzen, gaben die Beamten mehrere Schüsse ab. Ein Demonstrant, der 19jährige Willi Müller aus der Berliner Straße in Wilmersdorf wurde von einer Kugel in den Oberschenkel getroffen. Der Verletzte wurde ins Staatskrankenhaus nach der Scharnhorststraße gebracht. Als Verstärkungen an dem Unruheherd eingetroffen waren, konnte die Polizei die Straßen räumen.

Zur Washington-Feier hat Oberbürgermeister Dr. Sahm an Bürgermeister Walker-New York das nachfolgende Telegramm gesandt: „Zur Feier des 200. Geburtstags des Präsidenten George Washington sendet Ihnen herzliche Glückwünsche und Gruß der Reichshauptstadt Oberbürgermeister Dr. Sahm."

Seinen 75. Geburtstag begeht heute Genosse Carl Wald, Berlin SO 36, Pücklerstraße 18. Genosse Wald gehört der Partei seit etwa 50 Jahren an und war lange Jahre hindurch Bezirksführer. Er ist Abonnent des „Vorwärts" seit seinem Bestehen.

Wetteraussichten für Berlin. Bei sinkenden Temperaturen zeitweilig aufklarend, keine wesentlichen Niederschläge, schwache Winde. — **Für Deutschland.** Im Westen und Süden ziemlich mildes und vielfach neblig trübes Wetter mit vereinzelten leichten Niederschlägen; in Mitteldeutschland etwas kälter und zeitweiliges Aufreißen der Bewölkung; im Osten wolkiges bis heiteres Frostwetter.

Krisenbekämpfung in USA.

Die Hintergründe des neuen Bankgesetzes. — Ein Versuch der Ankurbelung.

Die Weltöffentlichkeit schaut mit Spannung nach Amerika, ob dort die beabsichtigte Konjunkturankurbelung gelingt. Deutschland als zweitgrößter, aber sehr kapitalbedürftiger Industriestaat ist besonders an dem Gelingen interessiert. Im folgenden werden die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus der Versuch unternommen wird.

Wir neigen ganz unwillkürlich dazu, die Ereignisse in anderen Ländern durch die Brille unserer Sorgen zu sehen. Und zwar um so stärker, je weniger genau uns die tatsächlichen Verhältnisse in anderen Ländern bekannt sind. Man muß sich deshalb von Zeit zu Zeit daran erinnern, daß die anderen Länder zum Teil zwar die gleichen, zum Teil aber auch ganz andere Sorgen und Probleme haben als wir. Inwiefern namentlich Amerika „es besser hat" als wir, darf vorläufig zurückgestellt werden, die Hauptsache ist, daß Amerika es wesentlich anders hat. Erst wenn die Unterschiede der tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt werden, kann die Bedeutung solcher Maßnahmen wie das neue amerikanische Bankgesetz („Glaß-Steagall Bill") richtig verstanden werden.

Wir haben uns also zunächst auf den Boden der Tatsachen zu stellen.

Folgende Tatsachen sind dabei in erster Linie zu berücksichtigen: In den beiden Jahren 1930 und 1931 wurden in Amerika insgesamt 3635 Banken geschlossen; die Gesamtsumme der Einlagen, die dadurch notleidend wurden, betrug 2625 Millionen Dollar, d. h. 11 Milliarden Mark! Freilich sind nicht alle diese Einlagen endgültig verloren gegangen, die meisten Einleger der geschlossenen Banken haben aber erstens 30 bis 40 Proz. ihres Geldes verloren und konnten zweitens monatelang auch über das gerettete Geld nicht verfügen. Ist es dann zu verwundern, daß die Gesamtsumme des gehamsterten, zu Hause liegenden Geldes in Amerika jetzt weit über 1 Milliarde Dollar gestiegen ist?

Es lohnt sich, die Entwicklung dieser Katastrophe der kleineren amerikanischen Banken etwas näher anzusehen. Die Zahl der geschlossenen Banken betrug:

1928	491	1930	1345
1929	642	1931	2290

Namentlich seit September 1931 hat die Zahl der geschlossenen Banken geradezu erschreckend zugenommen. Sie betrug in den Monaten September bis Dezember 1931 nicht weniger als 1354 gegen 932 in den ersten acht Monaten des Jahres und gegen 736 im September—Dezember 1930. In vielen Fällen wurden die Banken zahlungsunfähig, trotzdem sie das Geld ganz sicher angelegt hatten. Sie waren aber nicht imstande, ihre Anlagen flüssig zu machen; namentlich gilt das für die Banken, die dem Federal Reserve-System (Notenbanksystem) nicht angeschlossen sind.

Deshalb sollte jede Rettungsaktion für die kleineren Banken vor allem darin bestehen, daß ihnen die Möglichkeit verschafft würde, ihre absolut sicheren Anlagen in staatlichen Anleihen im Notfalle flüssig zu machen. Das ist auch

der eine Grundgedanke des neuen Bankgesetzes,

das die Möglichkeit der Lombardierung der durch die staatlichen Anleihen gesicherten und von nicht weniger als fünf Banken unterschriebenen Verpflichtungen vorsieht. Die Londoner „Times" hat dementsprechend die erste Meldung von der neuen Gesetzesvorlage unter dem Titel gebracht: „Hilfsaktion für kleine Banken".

Wie kann man aber das Geld für eine solche Hilfsaktion flüssig machen, wenn man nicht das Geld „aus nichts schöpfen" will (und das will man in Amerika nicht)?

In Amerika ist das kein Problem der „Geldschöpfung"; es ist vielmehr das Problem, wie man die in großer Fülle vorhandenen Gelder, die nicht nur zu Hause, sondern auch in Banken brachliegen, als Kredite nutzbar macht. Zu diesem Zweck ist jetzt die „Reconstruction"-Gesellschaft gegründet worden.

Auch diese Frage muß durch einige Tatsachen beleuchtet werden. Von Kapitalmangel kann gegenwärtig in Amerika keine Rede sein. Von März bis Dezember 1931 mußte der amerikanische Staat, abgesehen von der ständigen Inanspruchnahme des Geldmarktes für die Anschaffung der laufenden Betriebsmittel, fällige Verpflichtungen in Höhe von 2093 Millionen Dollar bezahlen. Für uns wäre die Lösung eines solchen Problems schier unvorstellbar. Die amerikanische Regierung hat in dieser Zeit

durch Anleihezeichnungen insgesamt 3547 Millionen Dollars (15 Milliarden Mark!) aufgenommen, die alle schon am ersten Tage überzeichnet waren.

Diejenigen, die die fälligen Anleihen ausgezahlt bekamen, haben die alten Anleihen zum größten Teil gegen die neuen umgetauscht. Ueber die fälligen Verpflichtungen hinaus hat der amerikanische Staat durch die neuen Anleihen 1454 Millionen Dollar (mehr als 6 Milliarden Mark) für die Deckung seines Etatsdefizits bekommen. Die Verzinsung betrug 3 bis 3⅛ Proz.

Außer diesen lang- oder mittelfristigen Anleihen hat der Staat mehrere hunderte Millionen kurzfristig geliehen, wobei die Verzinsung der kurzfristigen Verpflichtungen im Juli und August weniger als ⅛ Prozent betrug und bis zum Ende des Jahres bis auf mehr als 2½ Proz. stieg, also für unsere Verhältnisse noch unvorstellbar niedrig blieb.

Die letzte größere Kreditoperation der amerikanischen Regierung hat Ende Januar stattgefunden. Es wurden eine Anleihe für 6 Monate zu 3⅛ Proz. und eine für ein Jahr zu 3¾ Proz. zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Regierung wollte 372 Millionen Dollar, gezeichnet wurden aber 646 Millionen Dollar.

Die unzweifelhafte Tatsache der vorhandenen und nicht ausgenutzten Kapitalfülle ist der eigentliche Ausgangspunkt der neuen amerikanischen Kreditpolitik,

deren Aufgabe, wie das vor kurzem der gegenwärtige Schatzsekretär (Finanzminister) und damalige Unterstaatssekretär Ogden Mills formuliert hat, darin besteht, der Wirtschaft die nötigen Kredite zugänglich zu machen und sie zum Gebrauch der Kredite zu ermuntern, ermuntern.

Von den eingeleiteten Maßnahmen wird erwartet, daß durch sie das brachliegende Geldkapital in Bewegung gebracht wird. Wenn den Banken die Sicherheit geschaffen wird, durch die Lombardierung (Beleihung) ihrer an sich völlig einwandfreien Kapitalanlagen (Staatspapiere) im Notfalle einen Teil ihrer Reserven sofort greifbar zu machen, so würden, wie man annimmt, auch die Einleger das nötige Sicherheitsgefühl für das Schicksal ihres Geldes bekommen, und die Banken würden keine Hemmungen mehr haben, der Wirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen. Von der Ueberwindung des gegenwärtigen Unsicherheitszustandes wird wiederum eine Anregung der Industrie zur Aufnahme von Krediten erwartet.

Das neue Bankgesetz enthält aber noch eine Aenderung der Deckungsvorschriften der Notenbanken.

Der Sinn und die Zweckbestimmungen dieser Aenderung können wiederum nur verstanden werden, wenn man einige ausschlaggebende Tatsachen kennt. Die Ausweise der amerikanischen Notenbanken bieten für deutsche Leser ein geradezu phantastisches Bild. Am 3. Februar z. B. betrug der gesamte Notenumlauf 2664 Millionen Dollar und die Golddeckung 2970 Millionen, also rund 10 Proz. mehr!

Trotzdem fehlt es den amerikanischen Zentralnotenbanken an Bewegungsfreiheit. Das liegt an der außerordentlichen Strenge der Deckungsvorschriften, die in keinem anderen Lande der Welt ihresgleichen hat. Die Federal-Reserve-Banken halten erstens einen bestimmten Teil der Depositen der Privatbanken und müssen dafür eine Golddeckung von 35 Proz. haben, zweitens dürfen sie als Deckung für die ausgegebenen Noten außer dem Golde nur streng ausgewählte Handelswechsel haben. Unter diesen Umständen bedeuten die Goldabzüge aus Amerika für die Notenbanken die Notwendigkeit, Noten aus dem Umlauf herauszuziehen und damit die Kredite zu drosseln. Und dies, obgleich alle Noten und Depositen jetzt zu mehr als 60 Proz. mit Gold gedeckt sind.

Das neue Bankgesetz hat den Zweck, das Gold freizumachen, ohne eine Kreditdrosselung zu erzwingen. Das soll dadurch erreicht werden, daß die Noten, wie früher, zu 40 Proz. mit Gold gedeckt werden müssen, darüber hinaus aber auch durch Staatsanleihen gedeckt werden dürfen. Auch nach dieser Reform werden die amerikanischen Deckungsvorschriften nicht weniger streng sein als die der meisten anderen Zentralnotenbanken, und es wird, was nur in wenigen Ländern sonst der Fall ist, die Möglichkeit, die Noten in Gold einzulösen, völlig gesichert bleiben.

Es ist für die Beurteilung des neuen amerikanischen Bankgesetzes nicht uninteressant zu wissen, daß der Handelsredakteur der „Times" (City-Editor) die neuen Deckungsvorschriften als „orthodox", d. h. den alten strengen Grundsätzen völlig entsprechend bezeichnet. Das ist an sich kein Argument für oder gegen die neuen Deckungsvorschriften, zeigt aber, wie weit sie von Plänen künstlicher „Geldschöpfung" entfernt sind.

In Amerika ist der Glaube an die Wirkung psychologischer Beweggründe auf die Wirtschaft außerordentlich stark. Jetzt hofft man, daß die neue Politik den dem amerikanischen Geschäftsmann an sich eigenen Optimismus wieder wachruft, und davon erwartet man die Belebung der wirtschaftlichen Betätigung. Man will die Unternehmer und namentlich die kleineren ermuntern und anspornen.

Es war die Absicht der regierenden republikanischen Partei,

durch diese Rettungsaktion für die kleinen Banken und damit für die kleineren Gewerbetreibenden sich eine günstige Plattform für die bevorstehenden Wahlen zu verschaffen. Die Demokraten, ohne die das neue Gesetz nicht durchkommen könnte, wollten aber den erwarteten Erfolg des Gesetzes nicht den Republikanern zugute kommen lassen. Die republikanische Regierung mußte zugestehen, daß das Gesetz von einem demokratischen Senator (Glaß) und einem demokratischen Unterhausabgeordneten (Steagall) eingebracht wurde. Gleichzeitig zeigt die regierende republikanische Partei, die mit den proletarischen Stimmen jetzt viel weniger zu rechnen scheint, gar keine Neigung, irgendwelche größeren Maßnahmen zur Milderung des Loses der Arbeitslosen zu treffen. Der Senat hat die Bewilligung von 375 Millionen Dollar für die Arbeitslosenunterstützung abgelehnt. Hier geht es ja nicht um den Optimismus von Kapitalisten! Und die Unternehmer sind dabei, durch den brutalsten Lohnabbau gerade jetzt ihre Gewinnaussichten zu verbessern. So versuchen jetzt z. B. die Bauherren in New York, den Bauarbeitern mit einem Schlage einen Lohnabbau um 22 bis 39 Proz. aufzuzwingen.

Alle diese Tatsachen müssen berücksichtigt werden, wenn man entscheiden will, inwiefern und in welcher Hinsicht Amerika „es besser hat". Unbestritten bleibt es jedoch auf jeden Fall, daß es über unvergleichbar größere Mittel für eine kapitalistische Ueberwindung der Krise verfügt als die meisten anderen Länder und insbesondere als Deutschland. G. D.

Wer gibt und wer nimmt?

Eine interessante Veröffentlichung der Deutschen Bank und Discontogesellschaft.

Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft gewährt in ihrem Geschäftsbericht für 1931 einen Einblick in ihre Kreditpolitik, der einen anerkennenswerten Fortschritt in der Ueberwindung deutscher Publizitätsscheu darstellt und Nachahmung verdient.

So gibt die DD.-Bank in den Erläuterungen zur Bilanz eine sehr interessante Aufgliederung ihrer Schuldner und Gläubiger nach Gewerbezweigen, und zwar nach dem Stand vom 31. Oktober v. J. Wir haben die Prozentziffern in Markbeträge umgerechnet. Die Gesamtsumme aller gegebenen Kredite einschließlich der Warenvorschüsse belief sich damals auf 2630 Millionen Mark. Davon entfiel der Hauptbetrag mit

32,8 Proz. der Gesamtsumme oder 863 Millionen Mark auf Kredite über 2 Millionen Mark. Kredite mit einem Betrage von 0,5 bis 2 Millionen Mark waren mit 24 Proz. oder 631 Millionen Mark beteiligt, Kredite von 0,1 bis 0,5 Millionen Mark mit 22 Proz. oder 579 Millionen Mark, Kredite von 0,02 bis 0,1 Millionen Mark mit 13,4 Proz. oder 352 Millionen Mark und schließlich die Kleinstkredite bis 20 000 Mark mit 7,8 Proz. oder 205 Millionen Mark.

Die Gruppe, die am stärksten Kredite in Anspruch genommen hat, ist — wider Erwarten — die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Brauereien, Zucker-, Schokoladefabriken usw.); auf sie entfielen 12 Proz. der Gesamtkredite oder etwa 316 Millionen Mark — also um 50 Proz. mehr als auf die ganze Klasse der Kleinstkredite bis 20 000 M. Die der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gewährten Kredite fallen zum größten Teil (31 Proz.) in die Größenklasse von 0,5 bis 2 Millionen Mark. An zweiter Stelle steht die Textilindustrie mit 10,8 Proz. des gesamten Kreditvolumens (284 Millionen Mark); auch sie nahm vor allem Kredite in der Höhe von 0,5 bis 2 Millionen Mark in Anspruch. Erst an dritter Stelle steht Bergbau und Schwerindustrie, die zusammen 9,9 Proz. der Gesamtkredite oder 260 Millionen Mark in Anspruch nahmen; hier aber entfallen nicht weniger als 75 Proz. der beanspruchten Kredite, also 195 Millionen Mark auf Kredite über 2 Millionen Mark.

An vierter Stelle steht die Gruppe „Private", wohl vor allem Kredite gegen beliehene Effekten, mit 8,8 Proz. der Gesamtsumme oder 231 Millionen Mark. Die Privaten nahmen vor allem kleine Kredite in Anspruch; die ihnen gewährten Kredite fallen zu 33 Proz. in die Klasse bis 20 000 M., zu 28 Proz. in die Klasse 20 000 bis 100 000 M. und zu 22 Proz. in die Klasse von 0,1 bis 0,5 Millionen Mark. Nur 8 Proz. ihrer Kredite waren höher als 2 Millionen Mark. Es folgen dann die Gruppen Kleineisenindustrie und Maschinenindustrie.

Der Kreditinanspruchnahme ist gegenübergestellt der Anteil an der Einlage von Geldern. Weitaus an der Spitze steht hier mit gerade einem Drittel der Gesamtsumme (am 31. Oktober 2960 Millionen Mark) die Gruppe „Private", ein Zeichen für die Bedeutung des Depositengeschäfts. Es folgt mit 20 Proz. der Gesamteinlagen das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Nach einer Sammelgruppe „Sonstige Branchen" (7,7 Proz.) folgt die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 5,9 Proz. der Gesamteinlagen, das sind 175 Millionen Mark. Diese Gruppe schuldet also der DD.-Bank netto (vgl. oben) über 140 Millionen Mark. Die Textilindustrie hat 4,6 Proz. der Gesamteinlagen, also 136 Millionen Mark bei der Bank gut; sie schuldet also netto fast 150 Millionen Mark. Bergbau und Schwerindustrie haben ein Guthaben von 3,4 Proz. der Gesamteinlagen oder 101 Millionen Mark; der Ueberschuß der Schulden über die Guthaben beträgt also 160 Millionen Mark.

Die Guthaben übersteigen die in Anspruch genommenen Kredite bei den Gruppen Chemische Industrie und Elektrotechnik und Feinmechanik.

Von großem Interesse ist schließlich, daß nach den gemachten Angaben die meisten Verluste und dementsprechend der Hauptteil der Abschreibungen nicht auf die Kredite mit den höchsten Einzelbeträgen, sondern auf die mittleren Kredite entfallen. Auf die Kredite von 0,1 bis 0,5 Millionen Mark (Gesamtsumme Ende Dezember 551 Millionen Mark) mußten 83,4 Millionen Mark abgeschrieben werden und auf die Kredite von 0,02 bis 0,01 Millionen Mark (Gesamtsumme 335 Millionen Mark) 38 Millionen Mark. Die Abschreibungen für diese beiden Kreditklassen machten etwas mehr als 50 Proz. der Gesamtabschreibungen (240 Millionen Mark auf Kredite) aus, während der Anteil dieser Kredite am gesamten Kreditvolumen nur etwa 40 Proz. beträgt. Hier spielen freilich die Effektenentwertungen eine wichtige Rolle.

Zweckmäßig wäre es gewesen, die Warenvorschüsse nicht in die Aufstellung hereinzunehmen, oder die Aufstellung getrennt vorzunehmen, da die Kredite der Schwerindustrie z. B., die kaum importierte Rohstoffe verwendet, ganz anders zu beurteilen sind, als z. B. die der Textilindustrie, bei der die Rohstofftredite von großer Bedeutung sind.

Bierpreissenkung aufgehoben!

Eine Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Auf Grund der den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin erteilten Ermächtigungen wird im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Härten und im Hinblick auf die schwebenden Erörterungen wegen Senkung der Biersteuer für den Bezirk der Polizeiverwaltung Berlin von der Durchführung der bisher festgesetzten Bierpreissenkung vorläufig Abstand genommen.

Mit dieser Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten ist der Streikbewegung der Gastwirte der Boden entzogen. Die vom Preiskommissar angeordnete Preissenkung von 4 Pfennig je Liter wird überhaupt nicht durchgeführt.

Der Polizeipräsident hat Recht, wenn er auf die Härten hinweist, die die ungerechte Art der Lastenverteilung bei der Preissenkung mit sich gebracht hat. Die Erzwingung der Preissenkung stand infolge der Auswirkungen der Bierstreikbewegung auch im Mißverhältnis zu dem volkswirtschaftlichen Nutzen, den diese Preissenkung hinsichtlich der Beschäftigung der Brauereien hätte bringen können. Nachdem im übrigen die Neuordnung der Biersteuer vorgesehen ist, war auch das Ausmaß der jetzigen politischen und sozialen Beunruhigung gegen den Nutzen einer erzwungenen und ohnehin unzureichenden Bierverbilligung abzuwägen.

Ganz anders aber sieht freilich die Sache vom Standpunkt des Verbrauchers aus. Eine größtenteils schon durchgeführte Preissenkung wird jetzt vorläufig überhaupt aufgehoben. Ab heute dürfen die alten Bierpreise wieder gelten. Viele Gastwirte, die schon ermäßigt hatten, werden sich scheuen, wieder zu erhöhen. Die noch nicht ermäßigt hatten, sind schärferer Konkurrenz ausgesetzt. Das Publikum wird sich betrogen fühlen, und den Nachteil haben wieder die Gastwirte.

Das sind die Folgen der unseligen Bierpreisregelung, wie sie der Preiskommissar in Verkennung der schwierigen Lage der meisten Gastwirte für richtig gehalten hat. Wir haben große Bedenken gegen die Biersteuersenkung, weil der Ersatz fehlt. Es gibt aber jetzt nichts anderes, als daß die versprochene Neuregelung der Biersteuer so schnell wie möglich durchgeführt wird, damit der Verbraucher zu seiner Preissenkung und der Gastwirt wieder zu einem geordneten Geschäft kommen kann. Hinsichtlich der Brauereien bleibt es dabei, daß sie aus eigenem einen angemessenen Anteil zur Preissenkung beizutragen haben.

Schokoladenpreise.

Der Preiskommissar hat für gepackte Tafelschokolade und gepacktes Kakaopulver angeordnet, daß die Spanne des Klein- und Großhandels gegenüber Ende Juni 1930 um mindestens 10 Proz. zu senken ist. Die Vorteile aus der verminderten Handelsspanne und die Ersparnisse der Industrie aus der vierten Notverordnung müssen in vollem Umfang im Verbraucherpreis zum Ausdruck kommen.

Die Landflucht in den Vereinigten Staaten. Im Jahre 1931 sind aus den landwirtschaftlichen Gebieten der USA. fast eine Million arbeitslose Landarbeiter und Farmer nach 52 größeren Städten gezogen. Der Zustrom nach New York allein betrug 250 000 und nach Chikago 200 000 Personen.

Inge Stramm: Menschenbrüder

Es ist die Zeit der langen Nächte, die man künstlich erhellen muß, es ist die Zeit der bunten Feste in der Großstadt, es ist aber auch eine Zeit der Not, in der die Freude nur ein armselig flackerndes Lämpchen ist, das immer wieder zu verlöschen droht. Dennoch tanzt Berlin, tanzt auf dem spiegelnden Parkett der Festsäle, tanzt im buntgedämpften Licht der Ateliers, tanzt auf den großen Masken- und Kostümbällen, zu denen die Menschen sich Narrenkleider anziehen und sich und ihre Alltagsnot zum Narren hatten. Das sind die Glücklichsten unter den Besuchern jener Feste, aber leider auch die Wenigsten. Andere suchen dort Verlorenes oder nie Besessenes und werden immer enttäuscht. Wieder andere schleppen sich selbst mit herum wie eine Last, ihre Vorurteile, ihre Weltanschauung und finden alles bestätigt, ihre moralische Entrüstung, heiße, überfüllte Säle, unaufmerksame Kellner, zu hohe Preise.

Dann aber gibt es noch junge Menschen, die lachen und jauchzen, werfen sich in hundert offene Arme, nippen von allen Weingläsern, bauen sich aus den Stunden glitzernde Paläste der Erfüllung und vergessen eine Nacht lang eine ganze, grausam lastende Welt. Und einige unter diesen errichten Brücken zwischen den Herzen der Menschen, die über alle Konvention hinwegführen zu vollkommener Menschengemeinschaft jenseits alles Niedrigen und Egoistischen. Gebende und Beschenkte sind sie zugleich.

Das auf diesen Festen traditionelle „Du" der Anrede erschließt die ersten Tore. Da ist ein Mädel blondhaarig mit blauen Augen und einem Kindermund, die streichelt im Vorbeigehen am Arm ihres Tänzers einen Mulatten, der traurig, wie verirrt in einer fremden Welt, an einer Säule lehnt. Seine Augen gehen hell auf gleich zwei angezündeten Kerzen. Der Begleiter des Mädchens aber, den nichts an das Mädchen bindet als ein gemeinsam getanzter Rumba, wehrt feindlich:

„Laß das. Das ist deiner nicht würdig! So blond wie du bist und dieser Neger!"

„Ist er nicht mein Menschenbruder? Er sah so traurig aus. Ich wollte ihm Freude machen!"

Ein alter, weißbärtiger Herr an einem mit Gläsern und Flaschen dicht besetzten Tisch erzählt Erinnerungen an große Männer der Zeitgeschichte und man spürt, daß er jene Männer zu seinen persönlichen Freunden zählt. Es ist viel Jugend um ihn herum, die alle aus seinen Weingläsern trinken, die alle den Arm um ihn legen und Du sagen. Einer darunter hat eine Laute, auf der er ein paar Akkorde greift und einmal ist die kleine Melodie stärker als der Jazzbandrhythmus und alle müssen es mitsingen dies kleine, schlichte Volkslied, dies törichte Lied von der Liebe, die es nicht mehr gibt, von der Treue, die keiner mehr hält. Aber in diesem Augenblick glauben sie alle plötzlich wieder daran und tragen ihr Herz auf den Händen. Sie kennen alle einander nicht, nicht mit Namen und Stand, sie erkennen den Freund nur an dem Glanz des Lächelns, an dem Klang der Stimme und der Harmonie der Gebärden. Aber sie möchten nie aufhören so beieinander zu sein.

Doch die Musik wird müde, die Polizeistunde naht. Da lädt der weißbärtige Herr die jungen Menschen an seinem Tisch alle in sein nahegelegenes Heim ein und keiner zögert mit der Zusage. Der Wechsel des Schauplatzes geht traumhaft schnell. Eine kurze Autofahrt, ein unterdrücktes Lächeln voll abenteuerlichen Klanges, das Summen eines Fahrstuhles, dann nehmen wieder große, behagliche Räume die bunte Gesellschaft auf, die Gemeinde der Menschen, darunter den Herrn Generaldirektor mit der Schärpe um die Frackweste, den berühmten Maler im Mephistogewand, die junge Schriftstellerin in den türkischen Seidenhosen genau so wie die kleine Stenotypistin im Matrosenanzug, den Handelsgehilfen im Sporthemd und den jungen Arbeiter mit dem roten Halstuch und den Kniehosen.

Sie gehen wohl ein wenig erstaunt über die schweren Teppiche, mustern verstohlen die dunklen Bücherreihen an den Wänden, die hohen Vasen mit den duftschweren Blumen auf den niedrigen Tischen und manche verstecken ihre ungeschickten Hände in seidenen Divankissen und knirschenden Lederwänden der Klubsessel. Dann aber lächeln sie wie heimliche Prinzen und Fürstinnen. Und sie lassen sich von einem schwarzgekleideten Mädchen „sandwiches" bringen und Liköre und dem Rauch der Zigaretten gehen Träume nach vom Glück.

„Wie schön ist alles, seit wir Menschen uns lieben" übersetzt das blonde Mädchen mit dem Kindermund einen Schlager in die Atmosphäre dieser Stunde zwischen Nacht und Morgen und schmiegt sich in bunte Kissen auf dem Teppich neben die dunkelhaarige Hausfrau, die sehr schmal in einem Schifferjungensanzug wie der jüngste Sohn ihres weißbärtigen Gatten aussieht. Diese schiebt ihren Arm unter den Lockenkopf des Mädchens und Worte werden reif, die die beiden wie Früchte aus der rauchblauen, mit purpurgedämpftem Licht getränkten Luft über sich zu pflücken scheinen, einfache Worte, schwer nur von dem Gefühl, das dahinter steht. So die dunkle Frau.

„Hast du dich gut mit meinem Bruder unterhalten diese Nacht?"

„Ist Willfried dein Bruder. Er hat so einen schönen Namen. Sicher heißt er doch ganz anders!"

„Nein, er heißt wirklich so. Er ist Arzt. Ich habe drei Brüder und wir haben uns immer krampfhafte Mühe gegeben, häßlich zueinander zu sein!"

„Ich dachte sie hätten dich auf Händen getragen!"

„Nein, es sind doch meine leiblichen Brüder!"

„Wie du das sagst! Ist es nicht eine Tragödie? Es geht doch auch anders!"

Die Frau richtet sich etwas auf: „Ja, kleines Mädchen, natürlich ginge es auch anders, wenn die Menschen nur wollten, wenn sie nur die Kraft aufbrächten, die Erkenntnis seltener Stunden in den Alltag zu übertragen."

„Aber morgen sind wir alle wieder kalt und häßlich und sehnen uns hochmütig aneinander vorbei!"

„Es muß aber nicht sein!"

„Du bist nicht so?"

„Ich versuche es wenigstens!"

„O wie ich dich darum liebe!" Nach diesen Worten ist es sehr still im Raum.

„Ein entzückendes Geschöpf!" bröckelt von irgendwoher eine Stimme nach. Niemand weiß, wer gemeint ist, aber dies Wort offenbart alles: Geschöpf sein, geschaffen aus Blut, Erde und Sonne, alle Menschen gleichgeboren, Menschenbrüder. Und erschauernd fühlen alle sich mit einbezogen. Es ist ein glückhaftes Gefühl.

Aber Gefühle sind stark nur im Rausch und im Mantel der Nacht. Ins Fenster doch hängt schon der Morgenstern in silbriger Kühle. Und das graue Licht des Wintermorgens kriecht in die Ecken. Da zerreißt der Traum und die Wirklichkeit reckt sich mahnend, und Müdigkeit und ein schaler Geschmack auf der Zunge. Das ist alles, was bleibt.

Und später beim Verabschieden am Hausflur im kühlen Licht sagen eben dieselben Menschen schon wieder „Sie" zueinander, ganz automatisch, die veränderten Kleider erzwingen es einfach, die den Menschen einteilen nach dem Sitz der Bügelfalte, dem Schnitt des Mantels und der Qualität des Pelzes.

Und nichts bleibt, als vielleicht ein Klang, eine heimliche Melodie, zu der man im grellen Licht des Tages den Text nicht mehr findet. Und der war doch so schön und so beglückend.

Bratenduft im „Dritten Reich"

Mehr als jemals zuvor versuchen die Nationalsozialisten, in Stadt und Land eine geradezu pathologische Propaganda nicht nur für das kommende „Dritte Reich" zu entfalten, sondern auch für die Wiederkehr einer romantisch umgefärbten und idealisierten Vergangenheit, in der die bösen „Marxisten" noch nichts zu sagen hatten. Die Zeiten der Feudalherrschaft, in der auch der einfachste Tagelöhner und Landarbeiter samt Frau und Kind unter dem „Schutz" eines mächtigen, vermögenden Herrn stand, der ihm „wohlwollte", ihn auch in Not und Krankheit nicht im Stiche ließ, der ihm jederzeit Arbeit zuwies — ja, ist das nicht tatsächlich eine geradezu ideale Zeit gewesen, die man sich schleunigst wieder zurückwünschen müßte? Riecht man nicht schon den Bratenduft, der aus dem Topfe aufstieg, in dem bekanntlich nicht nur in Frankreich, sondern auch im lieben Deutschland jeder Bauer und Handwerker, der während der Woche sein Tagewerk getreu erfüllt hatte, sein Sonntagshuhn schmoren konnte?

Was kann es also Schöneres geben, als in alten Pergamenten und Akten zu blättern und sich diese herrliche Zeit des sonntäglichen Bratenduftes wieder vor die Seele und den knurrenden Magen zu zaubern? Schlagen wir zunächst einmal ein Buch aus dem Jahre 1653 auf, das im Heimatmuseum eines kleinen preußischen Städtchens aufliegt! Es behandelt Prozesse aller Art, Gerichtsverfahren, Rechtshändel, die zu jener Zeit geführt und entschieden wurden. Greifen wir also einen Fall heraus! Es handelt sich darum, daß verschiedene Bauern der Umgegend ihre Herren bei Hofe verklagt hatten, weil diese ihnen unrecht getan, sie bedrückt und gequält, ihnen das geringe Deputat vorenthalten und sie geprügelt hatten. „Wie schön, daß die armen Bauern in jener Zeit sich schon zu helfen wußten gegen diese Uebergriffe," denkt man gerührt, „daß es eine Obrigkeit gab, die sich dieser Leibeigenen annahm!" Aber die Rührung verfliegt sehr schnell, wenn man weiterliest und schließlich das Endergebnis zur Kenntnis nimmt: „Zum zweiundzwanzigsten, der Beschwerung halber, daß die Ritterschaft oftmals von ihren Pauren gegen Hoffe verklaget und in Unkosten geführet werden, soll es dermaßen zum Abschaffen des liederlichen klagens (!) gehalten werden: Wo ein Pauer seine Herrschaft gegen Hoffe verklaget und seine Klage nicht genugsam ausführen würde, soll er, vermöge Unserer Kammergerichtsreform, mit dem Turme gestraffet (!) werden, damit andere sich dergleichen mutwilligen Klagens (!!) enthalten." — Dieser Beschluß, der mit Sicherheit verhüten wollte, daß die Ritter als schuldiger Teil „in Unkosten geführet werden," ist natürlich nichts weiter als eine offene Drohung. Denn welcher Bauer hätte fortan noch den Mut aufbringen mögen, in einem Fall, in dem das Recht auch noch so klar auf seiner Seite lag, den Ritter zu verklagen, wenn seine Lage dadurch noch verschlechtert wurde und er obendrein in den Turm gesperrt wurde! Was verstand der in juristischen Spitzfindigkeiten völlig unerfahrene Bauer von Prozeßführung und von der Art, die Klage „genugsam auszuführen"? Daß unter solchen Umständen der Ritter Sieger und der Bauer der arme, geprellte Leibeigene blieb, ist selbstverständlich.

Aber vielleicht war es 100 Jahre später schon besser! Schlagen wir also einen Band Akten aus dem Jahre 1738 bis 1744 auf! Ein junger Bauer, Untertan eines Großgrundbesitzers, will 1738 sein Dorf verlassen. Das ist jedoch nicht so einfach. Zunächst gibt es endlose Laufereien und Scherereien, denn der Herr will die Erlaubnis nicht geben. Endlich ist es so weit. Aber der „arme" Großgrundbesitzer kann seinen Untertan doch unmöglich umsonst ziehen lassen, denn für ihn ist der Bauer eine Ware wie der Soldat für verschiedene deutsche Fürsten jener Zeit. Also muß der Bauer sich, laut Gesetz, „loskaufen": Zehn Reichstaler muß er für sich selbst, fünf Reichstaler für die „Weibsperson", seine Frau, zahlen — erst dann ist der Weg unter die Fittiche einer „fremden Herrschaft", auch wenn sie kaum eine Stunde entfernt wohnt, frei!

Blättern wir weiter: Da ist ein ausführlicher Prozeßbericht aus dem Jahre 1744. Ein Knecht ist seit acht Jahren mit einer Magd verlobt und will sie nun heiraten. Doch da tritt ein Großgrundbesitzer auf und gibt an, das junge Mädchen sei innerhalb seiner Pfarre getauft worden, also seine Untertanin! Er gebe nur dann seine Erlaubnis zur Heirat, wenn der Knecht in seine Dienste trete und sein Untertan werde! Der Knecht weigert sich, denn er empfindet mit Recht das Willkürliche und Eigenmächtige dieser Handlungsweise als schweren Uebergriff. Der Gutsbesitzer sperrt den Knecht aus eigener Machtvollkommenheit in Arrest, um ihn mürbe zu machen, läßt ihn dann jedoch frei, als er das Vergebliche seiner Zwangsmaßnahme erkennt, und begnügt sich mit der Drohung, er werde, falls der Gerichtsbeschluß zu seinen Ungunsten ausfalle, die Magd ins Sächsische bringen lassen, wo sie dem Zugriff preußischer Justiz für immer entzogen sei. Nun beginnt ein langes Prozessieren. Das Gericht erklärt sich schließlich für nicht zuständig und verweist den Knecht an eine andere Behörde. Leider ist uns der Ausgang des Prozesses nicht überliefert. Aber vielleicht gab es überhaupt kein endgültiges Urteil, und die Sache wurde so lange verschleppt, bis das junge Mädchen und der Knecht so müde und hoffnungslos geworden waren, daß sie sich dem Gutsbesitzer unterwarfen.

Das ist nur eine verschwindend kleine Blütenlese aus der Zeit, als es noch keine bösen „Marxisten" gab, aus den Jahrhunderten, die der Nationalsozialismus zu neuem Leben erwecken will. Durch unbedingten Gehorsam, Untertänigkeit, Befehlsgewalt — alles das, was der Bauer und der Angestellte, der Arbeiter und der Handwerker in jahrelangem, schwerem Ringen wenigstens in den schlimmsten Auswüchsen von sich abgewehrt haben — will der Nationalsozialismus mit Hilfe der einst Bevorrechteten, der Großgrundbesitzer, der abgebauten Fürsten und pensionierten Generäle, der großen Unternehmer und Schwerverdiener das Volk erneut knuten und rechtlos machen. Von dem Bratenduste des Huhns, das der Bauer im „Dritten Reich" in seinem Topfe schmoren wird, melden die Akten nichts! Wohl aber riechen alle aufgeklärten, klar sehenden Männer und Frauen den angebrannten Braten, den ihnen die Nazis servieren wollen, nachdem sie das Volk genügend an der Nase herumgeführt haben.

E. M.

Dr. Willy Blumenthal: Goethes letzte Krankheit

Am 15. März 1932, einem rauhen Vorfrühlingstage, unternahm Goethe, der zu Beginn des Frühjahrs geistig und körperlich noch ungebrochen war, seine gewohnte Spazierfahrt, auf der er sich eine Erkältung zuzog, die sich rasch verschlimmerte. Ueber den Verlauf dieser Erkrankung, die in wenigen Tagen den Tod des greisen Dichters herbeiführen sollte, sind wir durch genaue Aufzeichnungen seines langjährigen Leibarztes, Dr. Vogel, unterrichtet. Vogel erzählt:

„Ich wurde am 16. März zu ungewöhnlich früher Stunde zu Goethe beschieden. Ich fand ihn im Bette schlummernd. Bald erwachte er. Er schien verstört, vor allem aber frappierte mich der matte Blick und die Trägheit der sonst immer hellen und mit eigentümlicher Lebhaftigkeit beweglichen Augen. Der Atem war ruhig, nur durch trockenen Husten und tiefe Seufzer öfters unterbrochen, die Stimme etwas heiser. Ich hatte dem Patienten eine Auflösung von Salmiak und Bittersalz als Arznei und Graupenschleim mit Wasser zubereitet zum Getränk verordnet. Bereits am Abend zeigte das Uebel eine bessere Gestalt. Der Kranke fand sich sehr erleichtert. Sein Kopf war freier, das Gemüt heiterer, der Blick lebhafter, der Unterleib „weicher." Ueber den 17. März heißt es in Vogels Krankheitsbericht: „Der Kranke hatte ziemlich geschlafen. Die Stimme hatte ihre Heiserkeit, die Röte an den Augenlidern ihr Schmutziges verloren. Die Haut überall dunstend und warm, die Zunge weniger belegt. Beim Abendbesuch unbedeutendes Fieber. Neigung zur Unterhaltung, die der Kranke schon wieder auf die in gesunden Tagen gewohnte Art mit Scherzen würzte." Nach diesen hoffnungsfrohen Worten in dem Bericht des Arztes schien es, als ob die Krankheit wie durch ein Wunder zum Stillstand gekommen sei. So zeigte der 19. März ein günstiges Krankheitsbild: Goethe war lebhafter, er saß munter neben dem Bett im Lehnstuhl, nur ein wenig schwach. Zum Frühstück verlangte er sein gewohntes Glas Madeira. Er trank und aß mit Behagen und blieb den ganzen Tag auf. Besonders war er darüber vergnügt, daß er am folgenden Tage imstande sein würde, sein gewohntes Tagewerk wieder aufzunehmen. Gegen Mitternacht wachte Goethe auf. Er empfand von Minute zu Minute höher steigende Kälte. Dennoch erlaubte der sonst nach ärztlicher Hilfe stets so dringend Verlangende dem besorgten Bedienten nicht, den Arzt zu benachrichtigen, weil, wie er sagte, „ja nur Leiden, aber keine Gefahr vorhanden sei". Erst am anderen Morgen wurde Vogel herbeigeholt. „Ein jammervoller Anblick erwartete mich! Fürchterliche Angst und Unruhe trieben den hochbejahrten Greis bald ins Bett, bald auf den neben dem Bett stehenden Lehnstuhl. Die Zähne klapperten ihm vor Frost. Der Schmerz, der sich mehr und mehr auf der Brust festsetzte, preßte dem Gefolterten bald Stöhnen, bald lautes Geschrei aus. Die Gesichtszüge waren verzerrt, das Antlitz aschgrau. Hier galt es schnelles und kräftiges Eingreifen." Soweit der Bericht des Hausarztes.

Donnerstag, der 22. März, kam heran. Die dramatisch erschütternden Geschehnisse dieses Tages hat ein jüngerer Freund Goethes, der Oberbaurat Coudray, ein Augenzeuge der Begebenheiten, in menschlich mitfühlender Art der Nachwelt überliefert: „Eingetreten in Goethes Arbeitszimmer, erblickte ich ihn neben dem Bett in einem Armstuhl, mit einer leichten Decke über den Beinen sitzend, wobei er seinen gewöhnlichen weißen Schlafrock und Filzschuhe anhatte. Die Augen bedeckte ihm ein grüner Schirm, den er abends bei Licht aufzusetzen pflegte. Gegen 9 Uhr verlangte Goethe Wasser mit Wein, und als ihm solches dargereicht wurde, sah ich, wie er sich im Sessel aufrichtete, das Glas faßte und in drei Zügen leertrank. Er rief sodann seinen Schreiber herbei, und unterstützt von diesem und seinem Diener Friedrich, richtete er sich von seinem Sessel empor. Vor demselben stehend, fragte er, welchen Tag im Monat man zähle. Auf die Antwort: den 22. März, sagte er: „Also hat der Frühling begonnen und wir können uns dann um so eher erholen." Und später: „Friedrich, gib mir die Mappe da mit den Zeichnungen." Da keine Mappe vor ihm lag, sondern ein Buch, reichte ihm Friedrich dieses, aber Goethe wiederholte: „Nicht dies Buch, sondern die Mappe." Und als hierauf der Diener versicherte, daß keine Mappe vorhanden sei, sagte Goethe scherzend: „Nun, so war's wohl ein Gespenst." Friedrich reichte ihm noch ein Glas Wasser und Wein, wovon der Kranke aber nur wenig trank, die Frage an Friedrich stellend: „Du hast mir doch keinen Zucker in den Wein getan?" Er ließ sich abermals aufrichten, aber ich bemerkte, wie die hohe Gestalt schwankte. Frau v. Goethe saß zur Seite des geliebten Schwiegervaters auf dessen Bett, die beiden Enkel Walter und Wolfgang befanden sich nebenan im Arbeitszimmer; in einem anderen Gemach waren einige Freunde versammelt, welche ab und zu gingen. Ich stand ununterbrochen am Sessel zur Rechten des Kranken und lauschte ängstlich auf seinen Zustand; endlich bemerkte ich mit Schrecken, daß die Finger der Hände sich blau zu färben anfingen. Nun ahnte ich plötzlich die Nähe des großen Verlustes, besonders da ich, nach weggenommenem Augenschirm, Goethes sonst leuchtendes Auge gebrochen erblickte."

Um 11½ Uhr vormittags war Goethe gestorben. In die linke Seite des Armstuhls gelehnt.

Dr. Curt Floerike: Winterbrut von Zugvögeln

Es ist bekannt, daß solch ausgesprochene „Zigeunervögel" wie der Kreuzschnabel unter Umständen auch mitten im Winter zur Brut schreiten, wenn die Verhältnisse sonst für sie günstig sind, insbesondere die Nadelbäume genügend Zapfen angesetzt haben. Auch der Tannenhäher brütet oft schon so zeitig im Jahre, daß man ihn manchmal fast zu den Winterbrütern rechnen möchte. Noch wunderbarer aber muß es uns erscheinen, wenn sogar ausgesprochene Zugvögel — Weichfresser! — in besonders milden Jahren zu einer winterlichen Brut sich entschließen. Und doch kommt das vor.

So wurde bei Sontheim vor Jahren am 6. Januar die Schale frisch ausgeschlüpfter Vogeleier gefunden, sogar ein ziemlich gut erhaltenes Vogelei mit einem eben zum Ausschlüpfen reifen Jungen. Eine Untersuchung durch den bedeutendsten Eierkenner der damaligen Zeit, Dr. Baldamus, ergab, daß das Gelege zweifelsfrei dem Hausrotschwänzchen angehörte (es hat reine weiße Eier), also einem Vogel, der sonst mit Recht allgemein zu den Weichfressern und Winterflüchtern gerechnet wird. Also eine ganz beispiellose Frühbrut, die wohl mit dem ungewöhnlich milden Winterwetter im Zusammenhang stehen muß.

Auch von der sehr langschwänzigen und auf der Unterseite lebhaft gelben Gebirgsbachstelze, die ja regelmäßig bei uns überwintert, wäre ein ähnlicher Fall sehr wohl denkbar. Hierher gehört auch, daß im Februar 1822 (bekanntlich Kometen- und Weinjahr) bei sehr schönem Wetter in einem Misthaufen ein Nest mit jungen Lerchen gefunden wurde. Beim Hausrotschwanz fällt vielleicht der Umstand mit ins Gewicht, daß er in den Hochalpen schon inmitten von Schnee brütend gefunden wurde.

Das Wort Hurra ist ein alter magyarischer Kriegsruf und bedeutet: „Schlagt ihn tot!"

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

4. Kreis Prenzlauer Berg. Freie Schulgemeinde: Mitgliederversammlung Donnerstag, 25. Februar, Schule Danziger Straße. Lichtbildervortrag: „Die Kirche in der Karikatur", Referent Fritz Schmidt-Pankow. Statutenberatung. Schulangelegenheiten.

7. Kreis. Zur Jugendweihe am 13. März, 11 Uhr, im Festsaal der Fürstin-Bismarck-Schule, Sybelstr. 2—4, wirken u. a. mit: Charlottenburger Volkschor „Harmonie", Festrede: Stadtverordneter Karl Hetzschold, Organist: Dr. Hans Luedtke, Weihefestspiel, aufgeführt vom Sprech- und Bewegungschor der Kinderfreunde und der Arbeiterjugend. Einlaßkarten 70 Pf. für Gäste, 50 Pf. für Eltern und Kinder und sind zu haben in den Vorwärts-Abgabestellen, beim Rektor der weltlichen Schule und Fr. Bunge, Rosinenstraße 4.

9. Kreis. Donnerstag, 25. Februar, 16 Uhr, Zusammenkunft der erwerbslosen Parteimitglieder im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114. „Erwerbslosensiedlung", Referent Karl Dressel. Mitgliedsbuch und Stempelkarte legitimiert.

11. Kreis. Achtung, Abteilungsleiter! Heute, Mittwoch, 24. Februar, 20½ Uhr, kurze wichtige Besprechung bei Will, Martin-Luther-Str. 69. Im Behinderungsfalle ist Vertretung zu entsenden. — Donnerstag, 25. Februar, 16 Uhr, Zusammenkunft der erwerbslosen Parteimitglieder bei Will, Martin-Luther-Str. 69. Donnerstag, 25. Februar, 20 Uhr, im gleichen Lokal Kursus des Genossen Gottlieb Reese.

12. Kreis. 82. Abt.: Beim Kreisvertretertag am 18. Februar bei Schellhase, Sieglitz, Ahornstr. 15a, wurden unserem Genossen Müller, der die Saalkontrolle ausübte, irrtümlich ein Paar wildlederne Handschuhe mitgenommen, die auf dem Kontrolltisch lagen. Genosse Müller bittet um Rückgabe der Handschuhe bei Schellhase.

22. Kreis. Donnerstag, 16 Uhr, Zusammenkünfte der erwerbslosen Parteimitglieder an folgenden Stellen: **Tegel** im Jugendheim Schöneberger Str. 3, „Kommunale Fragen", Referent Willi Wolff. **Wittenau** im Jugendheim Neue Schule, Hauptstraße. Heitere Vorträge der Genossin Elfriede Wollmann. **Reinickendorf-Ost** in der 8. Schule, Hoppestraße. „Was geht im Wohnungswesen vor?", Referent Otto Mosk.

11. Abt. Freitag, 26. Februar, Zahlabend bei Niederstraß, Emdener Ecke Waldenserstraße. „Die Stellung der SPD. zur Präsidentenwahl", Referent Bernhard Krüger.

43. Abt. Heute, Mittwoch, 24. Februar, 20 Uhr, Zahlabende bei Keufner, Hagelberger Straße, und bei Förster, Dreibundstr. 11.

46. Abt. Heute, Mittwoch, 24. Februar, 20 Uhr, in der Schulaula Görlitzer Straße 51, Mitgliederversammlung. „Das Kampfjahr 1932", Referent Jürgen Jürgensen, M. d. L.

56. Abt. Donnerstag, 25. Februar, Funktionärsitzung mit den Delegierten zum Kreisvertretertag bei Uersch, Kantstr. 62.

73. Abt. Heute, Mittwoch, 24. Februar, 20 Uhr, Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder bei Winster, Breite Straße. „Querschnitt durch die Reichsverfassung", Referent Karl Salzbrunn.

88. Abt. Heute, Mittwoch, 24. Februar, 20 Uhr, bei Rohrmann, Hilbertstr. 19 Mitgliederversammlung. „Was geht im Wohnungswesen vor?", Referent Otto Mosk.

101. Abt. Sonntag, 28. Februar, 8 Uhr, Flugblattverbreitung für die Bezirke 1, 2, 3, 4 von der Expedition, für die anderen Bezirke von den bekannten Stellen aus.

104. Abt. Heute, Mittwoch, 24. Februar, 20 Uhr, Funktionärsitzung an bekannter Stelle.

128. Abt. Heute, Mittwoch, 24. Februar, 19 Uhr, wichtige Funktionärsitzung. Das Lokal wird den Funktionären noch besonders bekanntgegeben.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.

Geschäftsbericht für das Jahr 1931.

Unter dem gesteigerten Druck der unverändert fortwirkenden Krisenfaktoren hat das Jahr 1931 in neue Tiefen nationaler Wirtschaftslähmung und internationaler Störung des Kapital- und Güteraustausches hinabgeführt. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die aus ihr entstandene Unzufriedenheit der Massen verursachte in fast allen Ländern eine Schwächung der Stellungen der Regierungen. Staatliche Maßnahmen erzielten oft nur Augenblickswirkungen und konnten um so weniger etwas Dauerhaftes zur Ueberwindung der Weltkrise beitragen, als dabei die nationalen Gesichtspunkte in einer Weise entscheidend waren, daß die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Welthandelsländern nur noch weiter erschwert wurde. Die Lösung der weltwirtschaftlichen Fragen, von der die Wohlfahrt der Länder heute so entscheidend abhängt, ist noch mehr als in den vorausgegangenen Jahren zum politischen Problem geworden. Die Beseitigung der politischen Störungselemente, die auch die Lage der Zentralnotenbanken aufs tiefste beeinflußt haben, ist allein geeignet, die psychologischen Voraussetzungen für Erwachen der Unternehmungslust und Gewinnung neuer Vertrauensgrundlagen zu schaffen.

Gefördert durch eine allgemeine Abwehrhaltung der Länder gegeneinander und begleitet von einer haltlosen Abwärtsbewegung der Warenpreise ist die Einschränkung des Welthandels zu einem Grade gediehen, der kaum noch überboten werden kann. Der Ausgleich der internationalen Verpflichtungen, die auf den Schuldnerländern lasten, konnte daher nicht auf dem normalen Wege der Warenbewegungen erreicht werden. An ihre Stelle traten Goldwanderungen, welche die bereits vorhandene Anhäufung des Goldes in einzelnen Ländern noch weiter gesteigert haben. Das Währungsmetall Gold wird zu Zwecken mißbraucht, für die es niemals bestimmt war, und die Folgen dieses Mißbrauchs waren Währungsstörungen in immer zahlreicheren Ländern. Alle Versuche oder Ratschläge, durch Währungsexperimente die Schwierigkeiten zu meistern, bedeuten nur ein Kurieren an den Symptomen einer Krankheit, deren Wurzeln in der politischen Mißtrauensphäre liegen.

Für Deutschland, dessen Widerstandskraft durch jahrelange übersteigerte Reparationsleistungen und überhöhte Zinszahlungen auf eine durch erzwungene Kapitalverluste stark angewachsene private Auslandsschuld geschwächt war, mußten die Auswirkungen der verschärften Weltkrise von besonderer Schwere sein. Sie spitzten sich bedrohlich zu, als die Folgen plötzlichen Ausbruchs des Weltmißtrauens die Kreditwirtschaft unseres Landes zutiefst erschütterten. Das deutsche Bankwesen hatte eine Belastungsprobe zu überstehen, für welche die moderne Wirtschaftsgeschichte keinen vergleichbaren Vorgang bietet. Die Erschütterungen des Kreditgebäudes übertrugen sich auf die gesamte Wirtschaft und führten im Verein mit den übrigen Krisenfaktoren zu vermehrter Kreditunsicherheit und erneuter Schrumpfung auf allen Gebieten der Produktion und der Umsätze, so daß die Arbeitslosigkeit nunmehr ein Drittel aller in nicht selbständigen Berufen Erwerbstätigen erfaßt hat.

Betriebsverluste fast überall in Handel und Industrie kamen zu schweren Einbußen an Warenlager und Außenständen hinzu. Den großen deutschen Banken, die zur Aufrechterhaltung einigermaßen normaler Produktionshöhe ihre Kreditgewährung bis zum äußersten hatten ausdehnen müssen, weil sich die Märkte der Aufnahme von Aktien- und Obligations-Emissionen seit Jahren versagten, sind durch diese Verhältnisse sehr große Schwierigkeiten entstanden. Vorsichtige Disposition setzte unsere Bank zwar instand, den Geldabzügen des Auslands und Inlands zu genügen, ohne in ihrer Liquidität beengt zu werden und ohne in Wechsel umgewandelte Buchforderungen dem Portefeuille einzuverleiben; ungewöhnlich großen Verlusten an Debitoren und Wertpapieren vermochten wir uns aber nicht zu entziehen. Es verdient dabei hervorgehoben zu werden, weil es weitverbreiteter Annahme widerspricht, daß wir prozentuell am meisten für Abschreibungen und Rückstellungen auf Kredite von RM 100 000 bis 500 000 benötigten (Gesamtsumme dieser Kredite RM 550 805 000, Stückzahl 2331, Abschreibungen und Rückstellungen RM 83 400 000 auf 677 Konten). Auch die Kredite von RM 20 000 bis 100 000 zeigten sich weit weniger krisenfest, als man gemeinhin glaubt; wir hielten auf deren Gesamtbetrag von RM 335 370 000 eine Abschreibungs- und Rückstellungssumme von RM 38 000 000 für angezeigt.

In wirtschaftlich normalerer Zeit und unter übersichtlicheren politischen Verhältnissen könnten wir, gestützt auf die gute Erwerbskraft unseres Instituts und die noch weiter erheblich fortschreitende Kostensenkung, uns vielleicht darauf beschränken, die eingetretenen Verluste abzuschreiben, von einer Vorsorge für weitere Risiken aber in der Hoffnung auf Besserung der allgemeinen Lage abzusehen; unsere Reserven hätten für solche Bilanzierung reichlich genügt, ohne Inanspruchnahme des ausstehenden Aktienkapitals. Dieses beträgt zur Zeit noch rund RM 180 000 000, denn einschließlich des bekannten Rückkaufs von RM 35 000 000 besitzen wir, hauptsächlich aus Aufnahme des drängenden Angebots in zweiten Quartal und in der ersten Julihälfte 1931 RM 105 000 000 eigene Aktien, die mit dem Nennwerte, und eine Spitze von RM 649 200, die mit 40% zu Buch stehen. In Rücksicht auf die Zeitläufte aber entschlossen wir uns, beim Jahresabschlusse, getreu unserem altgewohnten Bilanzmethoden, neben den erlittenen Verlusten allen erkennbaren Risiken durch genügende Rückstellungen Rechnung zu tragen und, nachdem wir bereits in den Jahren 1929 und 1930 für Abschreibungen und Rückstellungen RM 125 000 000 ausgebucht hatten, für 1931 noch RM 275 000 000 zu Abschreibungen und Rückstellungen auf Debitoren und Wertpapiere zu verwenden.

Dadurch sind wir in die Notwendigkeit versetzt, bei unseren Aktionären eine Zusammenlegung des Kapitals zu beantragen. Diese soll in der Form erfolgen, daß wir von den eigenen, uns gehörigen Aktien RM 33 000 000 auf Grund der Verordnung über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form einziehen. Es verbleiben uns dann noch RM 72 000 000 Aktien im eigenen Besitz. Die übrigen, im fremden Besitz befindlichen RM 180 000 000 schlagen wir vor, im Verhältnis von 5 : 2 zusammenzulegen. Wir behalten dann ein Kapital von RM 72 000 000 eigene Aktien und RM 72 000 000 aus der Zusammenlegung gewonnene Aktien, zusammen RM 144 000 000 sowie eine Reserve von RM 14 400 000. Diese uns gehörigen Aktien von RM 72 000 000 beantragen wir, einem unter unserer Führung stehenden Konsortium, an welchem wir indessen in keiner Weise beteiligt sind, zum Kurse von 115% zuzüglich 4% Stückzinsen vom 1. 1. 1932 ab zu überlassen. Von diesem Betrage hat das Konsortium die Hälfte mit RM 36 000 000 vorweg fest untergebracht und soll die andere Hälfte von RM 36 000 000 zum Uebernahmekurse von 115% zuzüglich 4% Stückzinsen zur öffentlichen Zeichnung auflegen, um unseren bisherigen Aktionären und den Kapitalisten, die für die Erhaltung des privatwirtschaftlichen Charakters unserer Bank Interesse haben, die Möglichkeit einer Beteiligung zu bieten. Insoweit die zur Zeichnung aufgelegten Aktien nicht untergebracht werden sollten, ist ihre anderweitige Unterbringung im Konsortium gesichert. Durch diese Begebung der aus eigenem Besitz verbliebenen RM 72 000 000 erhöht sich die Reserve auf RM 25 200 000.

Da wir Wert darauf legen, unserer Bank die volle privatwirtschaftliche Selbständigkeit zu erhalten, haben wir die Aktienausgabe zunächst auf den Betrag beschränkt, den wir auch unter den gegenwärtigen widrigen Verhältnissen im Inlande placieren können.

Wir setzten mit unserer Kundschaft (also unter Ausschaltung aller Verrechnungen mit unseren Filialen und Nostroverbindungen) mit Banken und Bankiers RM 53,088 Milliarden, mit Nichtbankiers RM 94,482 Milliarden um. Trotz des Umsatzrückganges von rund RM 51 Milliarden hat die Zahl der Buchungsposten nur eine geringe Vermindung erfahren.

Die Zahl der Konten hat sich von 837 000 im Vorjahre auf 817 000 verringert, fast nur infolge Auflösung von 25 500 Rechnungen in ausländischer Währung; die Sparkonten haben um 7000 zugenommen.

Wir unterhalten an 290 Plätzen Niederlassungen, daneben 183 Stadtdepositenkassen (in Berlin 63).

Unser Personalbestand hat sich von 20 051 auf 18 541 Köpfe vermindert. Die Ungunst der Verhältnisse hat uns gezwungen, insbesondere bei unseren Filialen, die Zahl unserer Mitarbeiter weiter zu verringern. Wir haben die notwendige Maßnahme dadurch gemildert, daß wir im wesentlichen ältere Angestellte erfaßten, die wir pensionieren konnten. Dadurch ist die Gesamtzahl unserer Pensionär- auf rund 4200 gestiegen.

Leider mußten wir die Gehälter der in unseren Diensten verbliebenen Angestellten, nachdem sie bereits im Vorjahre eine Minderung erfahren hatten, neuerdings (nach Notverordnung vom 8. Dezember 1931) ab 1. Januar 1932 erheblich kürzen. Für die außerhalb des Reichstarifvertrages stehenden Mitarbeiter waren wir angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage zu noch empfindlicherer Einkommensschmälerung gezwungen.

Eine wichtige Veränderung hat zum Schlusse des Geschäftsjahres im Vorstande stattgefunden. Die sämtlichen stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes haben aus eigenem Antriebe vorgeschlagen, die Einrichtung der stellvertretenden Vorstandschaft aufzuheben, um die Geschäftsleitung zu vereinfachen. Der Aufsichtsrat hat in Würdigung der Gründe und unter Anerkennung des bewiesenen Opfermuts den Antrag zum Beschluß erhoben. Wir danken unseren Kollegen, die nunmehr ihre Tätigkeit unter Verzicht auf die Vorstandsmitgliedschaft als Direktoren fortsetzen, für die ausgezeichneten Dienste, die jeder von ihnen der Bank geleistet hat, und wissen, daß in dem neuen, sachlich unveränderten Verhältnisse die bisherigen freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen keinerlei Aenderung erfahren werden. Von den verbliebenen Vorstandsmitgliedern haben die Herren Dr. Bonner, Dr. Schlitter und Dr. von Stauß ihren Entschluß bekanntgegeben, im Laufe des Jahres 1932 aus dem Vorstande auszuscheiden.

Im Jahre 1931 haben die gesamten Bezüge des Vorstandes und stellvertretenden Vorstandes (24 Mitglieder) RM 2 844 750, und die des Aufsichtsrats (120 Mitglieder) RM 429 032,26, herrührend aus dem Gewinn 1930, betragen; für das Geschäftsjahr 1931 erhält der Aufsichtsrat mangels verfügbaren Reingewinns keine Bezüge.

In Rückwirkung der deutschen Julikrise wurden unserer Filiale Istanbul nicht unwesentliche Einlagen entzogen. Die Filiale war in der Lage, alle an sie gestellten Ansprüche voll zu erfüllen. Hierzu hat verständnisvolle Haltung der türkischen Regierung nicht wenig beigetragen. Seither ist das Vertrauen zurückgekehrt und die Einlagen beginnen wieder zu steigen.

Die Handel-Maatschappij H. Albert de Bary & Co. N. V., Amsterdam, die für die Finanzierung des deutschen Außenhandels insbesondere mit dem Nachbarlande immer eine erhebliche Bedeutung besessen hat, sah sich durch die doppelten Auswirkungen sowohl der internationalen Krise als der innerdeutschen Entwicklung vor ganz besonders schwierige Aufgaben gestellt. Dank ihrer seit Jahren verfolgten unabhängigen Liquiditätspolitik war sie imstande, den durch die Krise ausgelösten erheblichen Anforderungen ohne nennenswerte Geschäftseinbuße gerecht zu werden und die Störungen des vergangenen Jahres rasch zu überwinden.

Die Kreditbank, Sofia, hat im Jahre 1931 bulgarischen gesetzlichen Bestimmungen über das Verhältnis von Eigenkapital einer Bank zu den Einlagen nachkommend ihr Aktienkapital von Lw. 15 Millionen auf Lw. 50 Millionen erhöht. — Die schlechte wirtschaftliche und finanzielle Lage hielt auch in Bulgarien an.

Unserer Kommandite Ephrussi & Co., Wien, gelang es, auch unter den schwierigen Verhältnissen des Berichtsjahres ihre Bedeutung für den Wiener Platz zu bewahren.

Die bereits im vorjährigen Bericht erwähnte Erhöhung unserer Kommanditbeteiligung bei dem Bankhause Georg Fromberg & Co., Berlin, hat sich den Erwartungen gemäß ausgewirkt. Auch unsere kommanditarischen Interessen bei der Firma C. G. Trinkaus Inh. Engels & Co, Düsseldorf, sowie Philipp Elimeyer, Dresden, haben unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage eine nicht unbefriedigende Entwicklung genommen. Dasselbe trifft auch auf die uns nahestehende Bankfirma J. Wichelhaus P. Sohn A.-G., Wuppertal-Elberfeld, zu.

Bei der Deutschen Ueberseeischen Bank haben sich die Auswirkungen der Weltkrise, sowohl was Geschäftsumfang als auch was Geschäftsergebnis anlangt, stark fühlbar gemacht. Das Absinken der Währungen in allen Ländern ihres Arbeitsgebietes und nicht zuletzt das Abgehen Englands vom Gold-Standard werden die Verwaltung veranlassen, von der Verteilung einer Dividende abzusehen und alle Betriebsgewinne zu inneren Abschreibungen zu verwenden sowie die Reserve, soweit sie nicht gesetzlich gebunden ist, zur Auffüllung des Valuta-Ausgleichsfonds heranzuziehen. Durch die Stärke, welche die Bank zur Zeit der Juli-Ereignisse bei ihren sämtlichen Niederlassungen bewiesen hat, hat sie ihre Position überall festigen können.

Die sich aus unseren Beteiligungen für uns etwa ergebenden Risiken sind in der Bilanz bereits berücksichtigt.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung bemerken wir folgendes:

Unser Aktienkapital wird nunmehr RM 144 000 000, die ausgewiesene Reserve RM 25 200 000 betragen.

Das Konto der Gläubiger in laufender Rechnung, das sich im Vorjahre bereits um RM 615 000 000 vermindert hatte, ist im Berichtsjahre um einen weiteren Betrag von RM 820 000 000 zurückgegangen; außerdem zeigte die Rembours-Beanspruchung eine Verringerung gegen das Vorjahr um RM 324 000 000. Der niedrigste Stand der Gläubiger in laufender Rechnung wurde im Oktober erreicht, seitdem ist wieder Zuwachs eingetreten.

Von den Auslandskonten in Gesamthöhe von RM 685 900 000 fallen RM 482 000 000 unter das Stillhalteabkommen. Unsere Forderungen in fremder Währung übersteigen unsere Valuta-Verpflichtungen.

Die von uns geleisteten Bürgschaften sind der Wirtschaftsschrumpfung und dem Rückgange der Reparationssachlieferungen entsprechend um RM 68,7 Millionen ermäßigt. Nicht ziffernmäßig verbucht ist unser gesetzlich vorgeschriebener Anteil an der Wirtschaftsgarantie zugunsten der Deutschen Golddiskontbank.

Wechsel, Schecks und unverzinsliche Schatzanweisungen sind unter Diskontabzug eingesetzt. Weder in unserem Wechselbestande noch unter unseren Indossaments-Verpflichtungen befinden sich in Wechselform umgewandelte Buchforderungen. Wir haben auch niemals Wechsel bei der Akzept- und Garantie-Bank rediskontiert.

Der Einlauf von Verrechnungsschecks und Wechseln, auf Reichsmark lautend (also ohne Valuta-Abschnitte), betrug RM 16,353 Milliarden.

Das Konto der Dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen zeigt trotz vorgenommener erheblicher Abschreibungen einen Zugang von fast RM 20 Millionen. Er umfaßt u. a. unsere Beteiligung von nom. RM 20 Millionen bei der Akzept- und Garantie-Bank (Einzahlung 25%), sowie den kleinen Aktienbetrag, den wir bei der neugegründeten Diskont-Kompagnie A.-G. übernommen haben, die Vollzahlung unseres Anteils an der Internationalen Credict-Compagnie in Amsterdam, die Kommanditeinlage bei der Firma Georg Fromberg & Co., weitere Aktien der Handel-Maatschappij H. Albert de Bary & Co. N. V., neue Aktien der Kreditbank, Sofia, Aktien der Deutschen Ueberseeischen Bank.

Alle mit der Verwaltung und Unterhaltung unserer Bankgebäude und unseres sonstigen Besitzes an Gebäuden und Liegenschaften verbundenen Kosten haben wir selbstverständlich als Handlungsunkosten verbucht. Auf die Buchwerte unseres Immobiliarbesitzes glaubten wir aber trotz des großen Gesamtbetrages keine Abschreibungen machen zu sollen, da die Ansätze auch unter heutigen Verhältnissen niedrig sind. 260 Gebäude dienen unserem Bankbetrieb. Weitere 291 Grundstücke, davon 259 bebaut, sind zur Verwertung frei.

Die Minderbewertung des Vermögens unserer Wohlfahrtsfonds, welche neben dem ausgewiesenen Barguthaben ausschließlich erstklassige, festverzinsliche Wertpapiere enthalten, ist nur auf den Kursrückgang dieser Effekten zurückzuführen.

Der Gewinn aus Zinsen und Wechseln, der sich schon im Vorjahre erheblich vermindert hatte, ist naturgemäß im Berichtsjahre weiter zurückgegangen. Rückläufiges Bilanzvolumen, verringerte Zinsspannen und im zweiten Semester durch Notverordnungen stark beeinträchtigtes Devisengeschäft haben den Gewinn geschmälert. Durch das Absinken des englischen Wechselkurses sind uns Verluste von Bedeutung nicht entstanden (weniger als RM 1 Million). Auch die Einnahme aus Gebühren hat sich, allerdings nicht ganz so erheblich, ermäßigt. Den größten Ausfall hat die Verringerung der Effekten-Provisionen mit RM 7 Millionen gegenüber dem Vorjahre erbracht. Es ist aber sowohl bei dem Erträgnis an Zinsen wie an Gebühren zu berücksichtigen, daß wir vor Aufstellung der Bilanz Zinsen und Provisionen auf zweifelhafte Forderungen bereits abgeschrieben und auf solche Forderungen, für welche, aus der gebotenen kaufmännischen Vorsicht heraus, eine teilweise Kapitalrückstellung vorgenommen worden ist, auch die Zinsen und Provisionen (RM 16 Millionen) mit zurückgestellt haben.

Die Handlungs-Unkosten, die wir im Vorjahre um RM 21½ Millionen herabsetzen konnten, haben auch im Berichtsjahr wieder eine Minderung um den gleichen Betrag erfahren. Wir erwarten auf Grund unserer Vorausberechnungen, auch im laufenden Jahre weitere Einsparungen in ungefähr gleichem Ausmaße erzielen zu können. Damit werden die jährlichen Handlungsunkosten seit unserer Fusion um mehr als RM 60 000 000 ermäßigt sein.

Berlin, den 22 Februar 1932.

Der Vorstand der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft.

Blinzig Bonn Frank Kehl Mosler
Schlieper Schlitter Solmssen v. Stauß Wassermann

133. Abt. Donnerstag, 25. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kachne, Berliner Str. 59. „Die Reichspräsidentenwahl", Referent Genosse Paul Voigt-Meiningen, M. d. R.

Frauenveranstaltung.

13. Abt. Freitag, 26. Februar, 16 Uhr, Treffpunkt zur Besichtigung der Krebsausstellung Grimm- Ecke Urbanstraße. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

13. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Freitag, 26. Februar, im Sitzungssaal Dorfstr. 42. Referat des Genossen Teltsdorf. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt. Erscheinen aller ist Pflicht.

Sozialistische Studentenschaft Berlin.

Mittwoch: Arbeitsgemeinschaft über „Sozialismus und Erfüllungspolitik", 8 Uhr im „Bund". Leiter Paul Bernstein. — Freitag: Ortsgruppen-Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Aussprache über die bisherige Arbeit. 3. Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes. 4. Satzungsbeschluß. 5. Aufgaben des Sommersemesters. 6. Verschiedenes. 20 Uhr in den Kammersälen, Teltower Straße. Mitgliedskarten sind mitzubringen. — Sonnabend: Kundgebung der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft „Der Sozialismus als geistige Entscheidung", Referenten: Professor Radbruch-Heidelberg, Prof. Heimann-Hamburg, Prof. v. Aster-Gießen. Mitwirkung des Jungen Chors. 19½ Uhr im Reichswirtschaftsrat, Bellevuestr. 15. Eintrittskarten für Studenten zu 20 Pf. im Bund und bei den Funktionären.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Seminar: Donnerstag, 25. Februar, 20 Uhr, im Rathaus Neukölln. Kreisleitersitzung Freitag, 26. Februar, 19½ Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 4.

Wedding: Der Heimnachmittag am Sonntag, 28. Februar, fällt aus. — Abt. Pestalozzi: Freitag Elternversammlung Schönstedtstr. 1 um 20 Uhr. Tagesordnung: Osterfahrt, Wahl des Elternobmannes.

Kreuzberg: Unsere Sonntagsveranstaltung am 28. Februar fällt aus, da sich alle Helfer am Wochenendkursus in Neukölln beteiligen. Die Teilnehmer müssen sich umgehend bei der Kreisleitung anmelden.

Neukölln: Heute Rotfalken-Bewegungschor Donaustr. 5—7. Anmeldung für die Beteiligung am Wochenendkursus umgehend an den Kreisleiter. — Der technische Ausschuß für Zeltlagerarbeit tagt heute 20 Uhr in der Baracke. Kreisfunktionäre, morgen, Donnerstag, um 18 Uhr, Vorstandssitzung in der Baracke. Vorbereitung der Jahresvollversammlung. — Abt. Kurt Eisner: Heute 20 Uhr Elternversammlung Schule Hertzbergplatz. — Abt. Sturmfalke: Alle Falken sind Freitag, 17 Uhr, Donaustraße, Mädchenmittelschule.

Schöneberg, Abt. Hermann Müller: Achtung, Jungfalken! Wir gehen heute ins Berliner Theater. „Kampf um Kitsch." 40 Pf. und Fahrgeld mitbringen. Treffpunkt 17 Uhr Heim, der Heimabend fällt aus.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

22. Abt. Am 22. Februar verstarb im 83. Lebensjahre unser Genosse Paul Hundt, Am Schlesischen Bahnhof 1. Ehre seinem Andenken! Seit seinem 14. Lebensjahre kämpfte er für die Befreiung der arbeitenden Menschen. Einäscherung am Freitag, 14½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 14 Uhr am Bahnhof Baumschulenweg. Auch die Kinderfreunde werden gebeten, mit den Fahnen anwesend zu sein. Um rege Beteiligung wird gebeten.

38. Abt. Am 17. Februar ist unser Genosse Benno Lantisch, Friedenstr. 41, im Alter von 87 Jahren verstorben. Ehre seinem Andenken! Die Erdbestattung hat bereits stattgefunden.

133. Abt. Genossin Hilda Urban ist verstorben. Ehre ihrem Andenken! Einäscherung erfolgt am Mittwoch, 24. Februar, 15 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Um zahlreiche Beteiligung bittet der Vorstand.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Abteilungsleiter, reicht umgehend die Monatsprogramme ein, damit rechtzeitige Referentenvermittlung möglich ist.

Am Sonnabend, 27. Februar, findet in der Aula der Schule Dieffenbachstraße 60—61, eine Funktionärversammlung statt. Genosse Engelbert Graf spricht über das Thema „Ueberwindung der Wirtschaftskrise". Beginn 19½ Uhr. Zutritt nur mit Mitgliedsbuch.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr.

Gesundbrunnen, R. F.: Gotenburger Str. 2: Spiel- und Singeabend. — Helmholtzplatz: Wanderkursus, Lychener Str. 9a. — Andreasplatz II: Brommystraße 1: „Marxismus und Naturwissenschaft". — Frankfurter Viertel: Frankfurter Allee 307: 10-Minuten-Referate. — Petersburger Viertel: Ebertystr. 12: Falkenabend. — Warschauer Viertel, R. F.: Litauer Str. 18: Brettspielabend. — Spandau: Lindenufer 1: „Das Programm der NSDAP." — Tempelhof: Götzstraße: „Lehrverträge". — Lichtenrade: Roonstraße: Kampfliederabend. — Adlershof: Bismarckstr. 1: Bunter Abend. — Kohnsdorf: Wachtelstr. 1: „Abrüstung". — Falkenberg: Gemeinschaftshaus: Stegreifspiele. — Friedrichshagen: Friedrichstr. 57: Ebert-Gedenkfeier. — Lichtenberg-Mitte: Dossestr. 22: „Das Kommunistische Manifest". — Neu-Lichtenberg: Guntherstr. 44: Bunter Abend. — Lichtenberg-Nord: Guntherstr. 41: „Krieg im Osten" — Mahlsdorf: Melanchthonstraße 63: Mitgliederversammlung. — Pankow III: Kissingenstr. 46: „Kurt Eisner".

SJG. Neukölln: Aelteren- und Jüngerengruppe 19 Uhr Karl-Marx-Schule. „Hitler und Mussolini."

Werbebezirk Wedding: Turiner Ecke Seestraße: WBG.-Sitzung.

Werbebezirk Kreuzberg: Bildungsleitersitzung im Heim Urbanstr. 167.

Werbebezirk Oberspree: Werbebezirks-Mitgliederversammlung im Heim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Thema: „Unser Kampf gegen den Faschismus". Referent Genosse Johannien.

Werbebezirk Neukölln: Ganghoferstraße um 18 Uhr Vorstandssitzung; um 19½ Uhr im Parteibüro, Fuldastraße, Besprechung für die Werbefeier.

Werbebezirk Reinickendorf: Mitgliederversammlung im Heim Wittenau, Hauptstraße (neue Schule). Thema: „Die SAJ. im Kampfjahr 1932". Referent Genosse Erich Schmidt. Alle Gruppenabende fallen aus. 18½ Uhr Sitzung des Gewerkschaftsausschusses ebenda.

Buchholz: Die Genossin Hilde Urban ist verstorben. Wir treffen uns um 13 Uhr am Bahnhof Blankenfelde zur Einäscherung.

Eiserne Front!

Unsere nächsten Veranstaltungen

Mittwoch, den 24. Februar:

Angestellte und Handelsarbeiter der Warenhäuser des Zentrums: 20 Uhr, Arminsäle, Kommandantenstraße 58/59. Redner **Dr. Kurt Löwenstein, MdR.** Musik: Reichsbannerkapelle. Politisches Kabarett.

Städtische Güter Waßmannsdorf, Kleinziethen, Boddinsfelde, Kläranlage (Rieselwärter und Gutsarbeiter): 18 Uhr in Waßmannsdorf, Lokal Mette. Redner: **Georg Klaußner, MdL.**

Donnerstag, den 25. Februar:

Angestellte und Handelsarbeiter der Warenhäuser KdW., Tauentzienstraße, Michels & Cie., Tauentzienstraße, Woolworth, Tauentzienstraße, Salamander, Tauentzienstraße, Stiller, Tauentzienstraße, Leiser, Tauentzienstraße: 19½ Uhr, kleiner Saal der Spichernsäle, Spichernstr. 3. Redner: **Clara Bohm-Schuch, MdR.**

Angestellte der National-Reg.-Kasse: 16¾ Uhr im „Thiemann-Eck", Ecke Thiemannstr. Referent: Dr. Otto Friedländer.

Bernau: 20 Uhr, große öffentliche Kundgebung der Eisernen Front im Volkshaus „Bellevue", Wandlitzer Straße. Redner: **Ernst Heilmann, MdL.**

Freitag, den 26. Februar:

Freigewerkschaftlich organisierte Taubstumme und deren Angehörige: 19 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25. Redner: **Stadtrat Otto Ortmann.**

Arbeiter und Angestellte des Polizeipräsidiums Groß-Berlin: 20 Uhr im Hackeschen Hof, Rosenthaler Straße 40/41. Redner: **Bürgermeister Paul Mielitz.**

Angestellte und Arbeiter im Waisenhaus Rummelsburg. 19½ Uhr. Poczontik, Hauptstr. 87. Karl Dressel.

Oeffentliche Kundgebung der republikanischen, proletarischen Jugendvereine Köpenicks, 20 Uhr, im Stadttheater Köpenick. Thema: Jugend in der „Eisernen Front". Redner: **Brendemühl,** Gaujugendführer des Reichsbanners. Sprechchor — Gymnastik — Musik (Reichsbanner-Tambourkorps). Unkostenbeitrag 20 Pf.

Wir stoßen vor! Wir greifen an!

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Wilmersdorf (Ortsverein): Donnerstag, 25. Februar, 19½ Uhr, Saalschutz im kleinen Saal der Spichern-Säle, Spichernstraße. — Reinickendorf (Ortsverein): Freitag, 26. Februar, 20 Uhr, Bootshaus Tegel, Vollversammlung.

Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene, e. V., Gruppe Süd. Unsere nächsten Werbeveranstaltungen finden statt: Kreuzberg: Mittwoch, 24. Februar, 20 Uhr, in den Kammersälen, Hochzeitssaal, Teltower Straße. Thema: „Frauenleben — Frauenkrankheiten". — Lindenhof: Donnerstag, 25. Februar, 20 Uhr, im Restaurant „Ledigenheim", Ecke Eyth- und Dominauer Straße. Thema: „§ 218".

Kunstgemeinschaft Rosebery d'Arguto. Die Bewegungs- und Gymnastikgruppe sowie der Kinderchor der Kunstgemeinschaft Rosebery d'Arguto, die sich an der Frühjahrsveranstaltung des 9. Bezirks des DASB. beteiligen, nehmen noch Mitwirkende auf. Bewegung und Gymnastik: Donnerstag, 20 Uhr, in Neukölln, Turnhalle Mahlower Str. 30; Kinderchor: Mittwoch, 17½ Uhr, im Städtischen Jugendheim Urbanstr. 167.

London School of English Debating Club, Bülowstr. 104. Heute abend 8¼ Uhr spricht Mr William W. Mann über das Thema „Politics in the Melting Pot". Gäste willkommen.

Möbelschau bei Israel.

Geschickt im Effekt, neuartig in der Materialverwendung, präsentiert sich die Möbelsonderschau „Klein- und Großwohnung" bei Israel, Königstraße; im Schaufenster grüßt eine Miniaturgartenstadt den Vorübergehenden, ein Sommerhäuschen mit lustigen Gardinen und praktischen Kleinmöbeln, alles auf Luft, Licht und Sonne bedacht. Die Gartenmöbelfabrikation stand auch nicht still, es gibt eine Menge neuartiger Geflechte, die einem nicht mehr hart und unerbittlich die Musterung ins Gesäß prägen, sondern auf denen es sich, auch ohne schützendes Kissen, weich und bequem sitzen läßt. Da ist Boondotrohr mit Stahl verarbeitet zu sehen, dann fertigt man Kleinmöbel aus Elhaschnur, einer chinesischen Binse, an, die zugleich schön und wetterfest sind. An Wohnungseinrichtungen gibt es eine überaus vielseitige Schau; Birke, Esche und Palisander sind die hauptsächlichsten Hölzer, die durch neuartige, kunstvolle Maserung und Kombination mit anderen Holzarten ein äußerst dekoratives Möbelmaterial darstellen. Das traditionelle Speisezimmer-Büfett hat den Laufpaß erhalten, man vereinigt jetzt den Begriff Speise- und Wohnzimmer und tut das Eßgeschirr in einen formschönen, aber ganz schlichten, großen Schrank, der nach außenhin weder durch Kristall- noch Silberdekorationen seinen eigentlichen Charakter verrät; durch geschickte Raumnützung entsteht da eine hübsche Büchereckе, dort ein Spiel- oder Handarbeitswinkel, die Not, sie ward zur Tugend und man hat gelernt, aus zwei und drei Räumen einen zu schaffen, ohne daß dieser überladen oder sonstwie geschmacklos sich präsentiert. Sehr hübsch wirkt der englische Stil der deckenlosen Eßtische, wobei die schöne Tischplatte zur Geltung kommt, die sonst der Todesangst eines vergossenen Tröpfleins wegen ein ewig verhülltes Dasein führen mußte. Der ganze Wohnstil ist, bei aller Einfachheit und klaren Linienführung, doch ein wenig lebendiger geworden, man kombiniert Holzfarben und Möbeltypes, verwendet lebendige Bezugstoffe, schafft eigenartige Beleuchtungskörper, und vor allem feiert die Phantasie des Dekorateurs im Fensterschmuck wahre Triumphe; hier ist die Gardine quer über das Fenster lose gerafft, dort liegt sie in artigen Falten fächerartig gespannt, dann gibt es zweiteilige Schals mit einem in der Farbe vollkommen abweichenden Mittelstück, dazu Querbehänge aus Rüschen, Falbeln, kleinen Schürzchen usw. Alles ist aufs Praktische, Billige und dabei doch Geschmackvolle gestellt.

Theater Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 24. Februar
Staatsoper Unter den Linden
19½ Uhr
Carmen
Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr **Cyrano von Bergerac**
Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr **Die endlose Straße**

Städt. Oper Charlottenburg Bismarckstraße 34
Mittwoch, 24. Febr. Turnus III
Anfang 19 Uhr
Die Walküre
Ende nach 23 Uhr

PLAZA Nähe Schles. Bhf.
So. 5½, Sbds. 2, 5, 8½ U. Tel.: E 7 Weichsel 4031
„Die Blume von Hawaii"

Theater des Westens Täglich 8¼ Uhr
Prinz Methusalem
Operette von Joh. Strauß
Waldmüller, Morgan, Jankuhn, Lilien, Ewald.

Kleines Th.
Truppe 1931. Tägl. 8¼ Uhr
Zum 75. Male
Die **Mausefalle**
Preise 75 Pf. — 5 M.

Th. im Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr
Der neue große Erfolg!
Käthe Dorsch, Gustaf Gründgens
in: **L'selott'**
Singspiel v. Eduard Künneke

Theater am Nollendorfplatz
Regie: Heinz Saltenburg
Pallas 7051
Täglich 8¼ Uhr
Sbds. auch 4¼ Uhr
Heute zum 110. Male
Gasparone

Rose - Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3437
6 p. 9 Uhr
Der Bettelstudent

Volksbühne Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Fuhrmann Henschel
Regie: K. H. Martin

Staatl. Schiller-Theater 8 Uhr
Die endlose Straße

Metropol-Theater Täglich 8¼ Uhr
Ein Lied der Liebe
Anni Ahlers, Adel. Sandrock, Ernst Verebes

Theater in der Stresemannstr. Täglich 8¼ Uhr
Leopoldine Konstantin, Theodor Loos
in: **In jeder Ehe...**

Deutsches Theater 8 Uhr
Vor Sonnenuntergang
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt.

Lessing - Theater Täglich 8¼ Uhr
Morgen gehts uns gut!
Grete Mosheim, Max Hansen
Orchester Dajos Bela

Am Montag, dem 22. Februar, verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Ida Bröcker
geb. Scholz.
Martin Bröcker nebst Kindern.
Einäscherung Freitag, den 26. Februar, 18½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Reiter-Familie „Casi".
Hugo u. sein Weibsteufel.
Wilh. Bendow. 9 Allisons
und weitere Attraktionen

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch bis 3. März
Ehen von heute
und das bunte Programm
Freitag, den 4. März, zum 1. Male
Der Mann mit den zwei Frauen
Gutschein 1—4 Personen: Parkett 50 Pf., Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1.50 Mark.

GR. SCHAUSPIELHAUS Tägl. 8 U.
Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT INSZENIERUNG
Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise der Plätze

Reichshallen-Theater
Dönhoffplatz
8 Uhr. — Sonntags 3½ Uhr zu kleinen Preisen.
Stettiner Sänger
Die neue Groteske
Dr. Weichkäs heilt alles-!

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

EISU Stahl- u. Holz- **Betten** Schlafzim. Stahlmatr.
Kinderb., Polster, Chaisel., an Jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher
Paul Kleemann
geboren 25. September 1867, am 20. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 24. Februar, 19 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Gewinnauszug
5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

13. Ziehungstag — 23. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

10 Gewinne zu 10000 M. 38943 100811 114171 229440 332233
6 Gewinne zu 5000 M. 61829 137786 396474
2 Gewinne zu 3000 M. 141680
58 Gewinne zu 2000 M. 4016 10729 13174 27922 53752 62158 62979 73577 87483 92919 96221 101574 108225 116770 125091 171302 171782 177122 194084 238961 282800 282857 283042 290407 299340 320957 351825 360504 396735
104 Gewinne zu 1000 M. 696 23912 27478 33024 40188 46087 61765 66259 83557 88529 90358 92817 95864 107871 108552 117085 121346 122896 147795 165697 167683 189075 197813 199503 207102 208879 209527 222443 228108 234907 235900 236296 248198 249096 265579 270554 274228 274894 274950 297215 300111 303805 306883 313067 315641 322984 335437 351119 363111 363607 371186 374589
176 Gewinne zu 500 M. 11970 12412 22594 23490 24822 37859 44244 51324 51367 51584 58481 61570 64168 66564 70616 71610 77931 78779 80602 85110 85441 91324 91887 94811 95831 96873 99747 101517 102184 105980 116850 122821 124222 127123 131549 132126 138412 146060 146059 151240 154063 162729 167183 175303 175581 183843 186885 201250 202447 207251 215144 222472 226864 239519 241478 241538 245810 251117 254572 258227 266046 273066 276883 281918 286187 288939 301422 310425 311435 319886 331073 340228 342504 347803 348142 352625 356204 357789 361103 362551 369263 369710 370288 372903 375959 378654 383914 395922

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 5000 M. 61534 99889 133723 304972
12 Gewinne zu 3000 M. 452 76635 198034 301535 304400 394589
48 Gewinne zu 2000 M. 17132 34961 70489 92496 133199 140350 145828 147019 163576 177758 185431 202767 222527 245667 263384 285478 288430 320170 321418 345518 347099 383331 391952 396085
72 Gewinne zu 1000 M. 2479 30505 38743 45051 47008 77484 93227 103480 114447 118612 137173 144807 145967 165177 172565 187887 189958 197905 201547 252037 258081 263184 267441 284932 299221 312544 321167 324246 341406 358186 383385 387201 371483 383446 384134 398618
148 Gewinne zu 500 M. 423 5630 5882 8897 9559 14918 16871 19818 20620 32030 42288 44250 45407 48774 58912 61460 63741 65783 68296 85607 86398 90078 106600 106746 115216 118995 121893 125024 130847 146677 147813 167109 172358 174621 178036 181646 187462 188541 196639 205984 208063 209670 215490 226505 230228 234414 241485 250001 252204 261501 262946 265324 270739 271785 279887 288655 293128 297721 312764 330995 332722 336447 341831 343579 358717 370459 376433 380042 380184 380659 383255 387413 388484 392599

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 200000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 8 zu je 50000, 18 zu je 25000, 92 zu je 10000, 201 zu je 5000, 554 zu je 3000, 1601 zu je 2000, 3292 zu je 1000, 5360 zu je 500, 16870 zu je 400 Mark.

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 20 Pfennig, Textwort 10 Pfennig
Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %.
Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Oefen, eiserne, jeder Art, Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen, Kesselöfen, Kochherde, Reparaturen. Die alte Firma Semmler u. Blenberg, Dresdenerstraße 98.

Linoleum Gilliat, Kolonistraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lowicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Pringenstraße 105, eine Treppe.

Möbel

Möbel-Totalausverkauf zu spottbilligen Preisen, wegen Aufgabe der Geschäftsräume. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstr. 77/78, Ecke Brückenstraße.

Eichenbüfett, dunkelbraun, 1,80, mit Anrichte, fast neu, billig zu verkaufen. Gesstr. 107, vorn 1 links.

Kinderbettstelle verkauft Simon, Koloniestraße 67.

Patentmatratzen „Primissima" Metallbetten Auflegematratzen Chaiselongues Walter Stargarderstraße achtzehn. Reinzahrer

Speisezimmer, 2-Meter-Büfett, moderne Form, mit Nußbaum-Front, komplett, Tisch und Stühlen nur 400,— M. Hirschowitz, Andreasstraße 30.

Herrenzimmer 250,—, 450,—. Kammerling, Kastanienallee 54, Ecke Fehrbellinerstraße.

Musik-Instrumente

Einfpianos, Mietpianos überaus preiswert Pianofabrik Lieut. Brunnenstraße 35.

Radio

Austausch Bergtildes. Radioapparate, Gleichstrom, Wechselstrom, Musikinstrumente, Photoapparate, Gelegenheitskäufe. Reelles Radiomusikhaus, jetzt Landsbergerstr. 72, Nähe Alexanderplatz. Alexander 3575.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 20, Hallesches Adalbertstraße.

Tafelwaage kauft billigst Radzewitsch, Brunnenstraße 195.

Briefmarken-Sammlungen kauft Voß, Blankenbergstraße 1. Wagner 0021.

Verschiedenes

Reparatur-Maßschneiderei Schmidt, Reinickendorf, Kamekestr. 13.

Vermietungen

Wohnungen

2-Zimmer-Wohnung. Durchgeheizte große Räume, Küche, Bad, Balkon, Gas, Elektrisch, Tegelmiete 75,— Mark, per 1. April, Neubau, Meinert, Niederschönhausen, Charlottenstraße 38 I.

Pankow. Neubau 1½ Zimmer 65 Quadratmeter, 2 Zimmer 73 Quadratmeter, 2½ Zimmer 83 Quadratmeter, 3 Zimmer 92 Quadratmeter, 3½ Zimmer 100 Quadratmeter, Ofenheizung, Gasbadeofen, Loggia, sonnige Lage, gute Fahrverbindung, Straßenbahn, Autobus, U-Bahn Binetastraße. Auskunft: Laubertstraße 5, Ecke Neumannstraße und Kissingenplatz. D 8, 3327, E 2, 0500 und 0666. 200,— Mark Genossenschaftsanteil.

Reinickendorf-West. Neubau 1½ Zimmer 57 Mark, 1½ Zimmer 61 Mark, 2½ Zimmer 70—87 Mark, Ofenheizung, Gasbadeofen, Loggia, schöne, ruhige Lage. Auskunft: General-Woyna-Straße 7, D 8, 3369 und E 2, 0500 und 0666. 200,— Mark Genossenschaftsanteil.

Köpenick. Neubau 3 Zimmer 83 Mark, 3½ Zimmer 95 Mark, 4 Zimmer 119 Mark, Ofenheizung, Kohlenbadeofen, wunderschöne Anlage am Waldesrand, Fußweg 12 Minuten von Stadtbahn, Straßenbahn vor der Tür. Auskunft: Berater, Mahlsdorferstraße 67, parterre. Fernsprecher: E 2, 0500 und 0666, 200,— Mark Genossenschaftsanteil.

Steglitz. Neubau 3½ Zimmer, III. Etage, 105 Quadratmeter 117,— Mark, Ofenheizung, Gasbadeofen, sonnige, schöne Lage. Auskunft: Lauenburgerstraße 17, Ecke Aniephofstraße. G 2, 7730 und E 2, 0500 und 0666. 200,— Mark Genossenschaftsanteil.

Ohne Einschreibegeld vermittelt Wohnungsheld Kranz, Königstraße achtundbreißig, treff Alexanderplatz.

Neukölln. Neubau 3 Zimmer 71 Quadratmeter, 2½ Zimmer 85 Quadratmeter, 3½ Zimmer 109 Quadratmeter, Ofenheizung, Gasbadeofen, Loggia, sonnige Lage, gute Fahrverbindung, Straßenbahn, Autobus, U-Bahn Leinestraße, S-Bahn Hermannstraße. Auskunft: Ilsenhof 3, Ilse- Ecke Schierkestraße, F 2, 0969, E 2, 0500 und 0666. 200,— Mark Genossenschaftsanteil.

Kaulsdorf. Neubau 3½ Zimmer 87—98 Mark, Ofenheizung, Kohlenbadeofen, sonnige, ruhige Lage inmitten Gärten. Gute Fahrverbindung, dicht am Stadtbahnhof, Autobuslinien nach Lichtenberg und Köpenick - Müggelheim. Auskunft: Kaulsdorf, Friedrichstraße 18, E 2, 0500 und 0666. 200,— Genossenschaftsanteil.

Zimmer

Leerzimmer, Küchenbenutzung, 25,—, zu vermieten. Rätebusch, Langestraße 5.

Neubauzimmer, sonnig, möbliert, leer, Warmwasser, Zentralheizung, Küchenbenutzung, preiswert. Foerster, Afrikanischestr. 141.

25,— Gutmöbliertes Vorderzimmer inklusive Frühstück, Licht, Bad an Werktätigen. Schneider, Schönberg, Naumannstraße 49, vorn IV.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Für meine Tochter (Ungelernt), die Ostern die Schule verläßt, suche Stellung im Haushalt. Scheil, Rosenthal, Prinz-Heinrich-Straße 2.